

Grosser Gemeinderat

Worb, 19. Oktober 2021

406. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 18. Oktober 2021, 19:30 Uhr
Sitzungsende	22:18 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Fivian Bruno (SVP), Präsident
1. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
2. Vizepräsident	Santschi Jürg (BDP) (bis 20.21 Uhr; Geschäft Nr. 3)
1. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
2. Stimmzähler	Zingg Stephan (SVP)
Mitglieder	Moser-Utiger Silvia (EVP) Stauffer Michael (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Christensen Sven (FDP) Kölliker Lenka (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP) Hofer Thomas (BDP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Moser Regina (CVP) Wyss Eduard (BDP) Zürcher Deborah (parteilos) Aebersold Daniel (SVP) Bigler Markus (SVP) Kohli Stephan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Stucki Simon (SVP) Bircher Andreas (SP) Büchel-Wampfler Sandra (SP) Cavargna Tiziano (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Goetschi Thomas (SP) Günther Paula (Grüne) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne)
Abwesend	Cetin Mayk (EVP) Jorio Marco (GLP)

Marchand Andy (FDP)
Rothenbühler Marc (FDP)
Wenger Claude (Grüne)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Gerber Urs
Hauser Adrian
Lädrach Markus
Moser Christoph
Waber Karin
Wermuth Bruno

Abteilungsleitende Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung (bis 21.25 Uhr; Geschäft Nr. 4)

Sekretariat Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokoll Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 13. September 2021: Genehmigung
3. 21/0 Finanzplanungen
Finanzplanung 2022 – 2026: Genehmigung
4. 21/10 Budgets
Budget 2022: Genehmigung
5. 21/20 Gemeinderechnungen
"Ergänzende Informationen zur Rechnung 2020", Einfache Anfrage der Die Mitte/glp-Fraktion: Stellungnahme
6. 32/2/10 Schulanlage Zentrum Worb (Parzelle 33)
"Tagesschule; Stand der Arbeiten?", dringliche Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme
7. 33/20/0 Strassen, Gehwege, Plätze
"Fusswegverbindung Richigengraben", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
8. 33/20/0 Strassen, Gehwege, Plätze
"Worblentalwärts nach Enggistein", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 56/2 Strassensignalisationen
"Verbesserung Signalisation Radweg Rubigenstrasse", Postulat der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 406	18.10.2021	1	2021/24-52	143	12/0/0

Ratspräsident Fivian Bruno: Wir haben heute Abend hier immer noch Maskenpflicht. Ihr könnt die Masken für eure Voten abnehmen. Ihr habt vor euch einen Flyer zum Politforum Thun vom 11. und 12. März 2022. Wer am Politforum Thun teilnehmen möchte, wird gebeten, sich bis am 12. November 2021 per E-Mail beim Ratssekretär Jürg Bigler zu melden, damit vom Frühbucherrabatt Gebrauch gemacht werden kann.

Aebersold Daniel, ASK: Ich habe von der ASK einen Text, den ich hier vorlese, zu unserem Schwerpunktthema, welches wir hatten und jetzt abgeschlossen haben. Die ASK hat sich seit März 2021 mit dem Schwerpunktthema "Abläufe und Kommunikation innerhalb der Bauabteilung bei gemeindeeigenen Bauprojekten" befasst. Sie hat dazu einen umfassenden Fragenkatalog erstellt, welchen sie anlässlich der Sitzung vom 11. Mai 2021 zur Beantwortung an Gemeinderat Bruno Wermuth verabschiedet hat. Die Fragen wurden am 25. August 2021 durch Urs Thöni, Leiter Bauabteilung, beantwortet und der ASK in schriftlicher Form zugestellt. Die ASK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 7. September 2021 umfassend über die Antworten diskutiert und kam zum Schluss, dass die Fragen grundsätzlich zufriedenstellend beantwortet wurden. Die ASK hat den Eindruck, dass den Mitarbeitenden der Bauabteilung die rechtlichen Grundlagen und die Abläufe bekannt sind. Für die ASK warf der Artikel auf dem Internetportal Bern-Ost unter dem Titel "Worb – Bau der Tagesschule verzögert sich um mindestens ein Jahr" die Frage auf, ob der Departementsvorsteher zum Zeitpunkt des Interviews schlecht orientiert war bzw. wurde und stellte deshalb beim Gemeinderat die Anfrage, wie in solchen Fällen die Vorgehensweise geregelt ist und auf welche Art und Weise die Gemeinderatsmitglieder die Öffentlichkeit orientieren. Die entsprechende schriftliche Stellungnahme von Gemeinderat Bruno Wermuth ist fristgerecht am 28. September 2021 bei der ASK eingegangen. Er beantwortete darin umfassend die Zuständigkeiten bei der Beantwortung von Medienanfragen. Ausserdem nahm Gemeinderat Bruno Wermuth Stellung zu seiner damaligen Aussage im oben erwähnten Artikel auf die Frage, wann denn die Tagesschule bezugsbereit sei: "spontan in einem Jahr als mein Ziel." Diese Aussage war seine persönliche Einschätzung, die sich im Rückblick als zu optimistisch und als falsche Einschätzung seinerseits herausgestellt hat. Sie wurde nicht mit dem Gemeinderat abgesprochen. Im politischen Genehmigungsprozess ergaben sich erhebliche Verzögerungen gegenüber dem ursprünglichen Terminplan. Das interne Terminprogramm wurde erst nach der Volksabstimmung mit den neuen Terminen aktualisiert. Am 13. September 2021 hat die FDP eine dringliche Interpellation zum Thema "Tagesschule, Stand der Arbeiten" eingereicht, welche anlässlich der GGR-Sitzung vom 13. September 2021 als dringlich erklärt wurde. Die ASK stellte bereits im Mai 2021 die Frage, ob die Vergabe an eine Totalunternehmung und/oder die Bauverzögerung zusätzliche Kosten verursache. Als Antwort wurde wörtlich am 25. August 2021 mitgeteilt: "Das Departement Bau und der Gemeinderat sind überzeugt, mit dem gewählten Verfahren das bestmögliche Angebot bezüglich des Preises, der Qualität und den Terminen erzielt zu haben und die Projektrisiken insgesamt zu minimieren. Entsprechend ist nicht davon auszugehen, dass durch die Wahl einer Totalunternehmer-Ausschreibung insgesamt Verzögerungen oder zusätzliche Kosten entstanden sind. Es ist eher vom Gegenteil auszugehen." In der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates zur dringlichen Interpellation vom 11. Oktober 2021 wird auf die Frage, ob man die Kosten im Griff hat, folgendes mitgeteilt: "Nach einer eingehenden Analyse durch die Bauabteilung zeichnet sich ab, dass der bewilligte Kredit von 2'750'000 Franken nicht eingehalten werden kann. Laut der ersten Endkostenprognose wird der Kreditrahmen von +10% respektive 3'025'000 Franken jedoch knapp eingehalten werden. Etc." Diese Antworten, obwohl nur wenige Wochen dazwischen liegen, widersprechen sich. Die ASK stellt sich hierzu schon die Frage,

ob ihr Fragenkatalog Ende August 2021 etwas nachlässig und flüchtig beantwortet wurde und wie dieser Sachverhalt zustande kommt, dass sich nun doch Mehrkosten abzeichnen werden. Die ASK stellt fest, dass es zu Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der Bauabteilung und dem Departementsvorsteher Bau gekommen ist. Für die ASK ist es unverständlich, dass der Departementsvorsteher Bau offensichtlich lange nicht über die Art und den Ablauf des Verfahrens im Bild war, musste doch das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt an eine Totalunternehmung vergeben werden. Die Art des Verfahrens gehört aus Sicht der ASK zu Beginn eines Projekts festgelegt und insbesondere intern kommuniziert. Die ASK dankt Gemeinderat Bruno Wermuth und Urs Thöni für Ihre Arbeit und Ihr Engagement im Zusammenhang mit diesem Schwerpunktthema. Die ASK hat das Schwerpunktthema anlässlich ihrer letzten Sitzung vom 12. Oktober 2021 vorerst abgeschlossen. Sie behält sich vor, situativ darüber zu befinden, ob sie das Schwerpunktthema allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufnimmt.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe eine wichtige Mitteilung. Ich bitte euch, bereits heute Abend den Freitagabend, 12. November 2021, bei euch im Terminkalender zu reservieren. Freitagabend, 12. November 2021, ab 19.00 Uhr. Warum? In diesem Jahr findet nämlich zum ersten Mal der Behörden- und Ehrungsanlass des Worber Gemeinderates statt. Wir wollen an diesem Abend euch vom GGR und allen Kommissionsmitgliedern für eure wertvolle Arbeit danken. Wir wollen an diesem Abend auch Personen und Gruppen ehren, welche besonderes für unsere Gemeinde geleistet haben. Der Abend wird durch Ester Hasler bereichert. Sie ist auch eine Worberin. Wir werden dann den Abend mit einem Abendessen abschliessen. Das Ganze findet hier im Bärensaal statt. Ihr werdet diese Woche noch die Einladung erhalten. Es geht jetzt alles relativ zackig. Aber ich bitte euch, bereits jetzt den Abend bei euch zu reservieren, dass ihr dann sicher an diesem ersten Behörden- und Ehrungsanlass des Worber Gemeinderates teilnehmen könnt.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich habe auch noch kurz zwei Mitteilungen. Die eine ist im Zusammenhang mit den starken Niederschlägen, welche wir hier im letzten Sommer in der Gemeinde hatten. Die Gemeinde Worb hat ca. 17,3 km Naturstrassen und in dieser Zeit wurden ca. 3,5 km von diesen Naturstrassen sehr stark durch die extremen Niederschläge beeinträchtigt, welche wir im Juni und im Juli hatten. Im Juni haben wir hier Niederschläge von 231 mm und im Juli von 283 mm gemessen. Dies hat natürlich zu diesen Schäden geführt, welche an diesen Naturstrassen passiert sind. Der Werkhof ist nicht im Stande gewesen, die Strassen selber zu sanieren, weil er ziemlich stark mit Aufräumarbeiten und der Sicherung des Strassenverkehrs und des Hochwasserschutzes beschäftigt war. Dies waren ca. 370 Stunden, welche sie alleine nur für dies investiert haben. Wir haben daher beschlossen, die ganzen Arbeiten für die Sanierung der Naturstrassen auswärts zu vergeben. Es handelt sich um sechs Strassen. Um die Schlosswilstrasse, den Hasliweg, den Wisle Käsereiweg, das Eichholz in Vielbringen, den Moosweg beim Pfadiheim und die Bergwaldstrasse in Enggiststein. Die sechs bewilligten Kredite machen total ca. 170'000 Franken aus. Die Arbeiten haben wir in einer Direktvergabe an einen Unternehmer hier in Worb vergeben. Die Arbeiten werden noch in diesem Jahr, also im Herbst angegangen und die Strassen saniert, so dass sie wieder gut befahren und belaufen werden können. Dies war die erste Mitteilung und die zweite Mitteilung ist eine "erfreuliche" Mitteilung. Der Meili wurde drei Monate früher ausgeliefert. Warum auch immer. Dies hat zur Folge, dass man den Aebi drei Monate weniger lange mieten musste, was uns Einsparungen von ca. 15'000 Franken beschert.

Santschi Jürg, Mitte: Es ist mir nicht so ganz recht, aber ich muss mich zu diesem Schritt entscheiden. Ich bin beruflich stark belastet und es hat bei mir noch andere Faktoren gegeben. Meine Eltern 88- und 90-jährig sind beide Pflegefälle geworden und dies gibt einen grossen Betreuungsaufwand. Ich mag jetzt schon nur knapp nach und wenn ich mir überlege, dass das Ratspräsidium noch auf mich zukommen soll, dann sehe ich schlicht nicht, wann ich dies stemmen soll. Ich erkläre daher mein Rücktritt per Ende Jahr als GGR-Mitglied.

Protokoll der Sitzung vom 13. September 2021: Genehmigung

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-53	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Finanzplanung 2022 - 2026: Genehmigung

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-54	Geschäftsnummer 33424	Archivnummer 21/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Schweizer Hans Peter, GPK: Die GPK hat den Finanzplan 2022 – 2026 angeschaut und hat die folgenden Merkmale festgestellt: Der Finanzplan 2022 – 2026 gestaltet sich trotz anhaltender Corona-Krise wieder freundlicher als noch im letzten Jahr. Gründe dafür ist die positive Ausgangslage durch die Rechnung 2020, das Bevölkerungswachstum in Worb und die Abflachung von den Kostensteigerungen aus dem kantonalen Lastenausgleich. Da der Gemeinderat den vorhandenen Investitionsstau abbauen und die dringenden Investitionen vorab im Schulbereich realisieren möchte und dies im Finanzplan auch abgebildet, bleiben die Resultate in der Tendenz negativ. Die Reserven bestehen im Realisierungsgrad der Investitionen. Aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre wendet der Gemeinderat zur Berechnung der Folgekosten einen Realisierungsfaktor von 70 Prozent an. Durch das Resultat der beiden letzten Jahre erhöhten Reserven und die tiefe Verschuldung begründen die Tragbarkeit des vorliegenden Finanzplans. Die Limite der Schuldengrenze mit 5 Millionen Franken Eigenkapital und 40 Millionen Franken Fremdverschuldung werden erst Ende Planperiode erreicht. Der Spardruck bleibt bestehend, die Debatte und die Aufgaben zur Verzichtsplanung stehen noch an. Nach dem Abschluss im Finanzplan realisierter Bauvorhaben müssen wir uns in Worb nach heutigem Stand vor Kenntnis auf eine Phase von reduzierter Investitionstätigkeit einstellen. Es ist noch zu früh, die Folgen der Corona-Krise zuverlässig abzuschätzen. Auch zeigen die Unterschiede der Planungsdaten des Kantons von 2020 zu 2021 wie gross die Unsicherheit für die Planung heutzutage ist. Grössere Abweichungen sowohl im Plus wie auch im Minus, sind nicht auszuschliessen. Gespannt wird der Rechnungsabschluss 2021 erwartet, welcher erste Hinweise auf die Auswirkung der Pandemie in Bezug auf den Steuerertrag der natürlichen Personen geben wird. Der Gemeinderat rechnet heute damit, dass die budgetierten Aufwandüberschüsse zu negativ vorveranschlagt wurden. Die GPK stellt fest, dass der Finanzplan wie im Vorjahr, in Zusammenarbeit mit der Finanzkommission, umfassend übergeprüft und beraten wurde. Sie begrüsst die Kombination von den Unterlagen der Botschaft wie auch vom Handout, vermisst aber gleichzeitig ein Protokollauszug der Finanzkommission. Dies wurde übrigens von der GPK bereits im Jahr zuvor moniert. Möglicherweise haben wir in einem Jahr vielleicht ein Protokoll der Finanzkommission dazu. Die Unsicherheit durch die Corona-Krise sind nach wie vor gross und spürbar, die GPK begrüsst aber den positiven und ehrlichen Ansatz der Gemeinde Worb, indem sie bei den Einkommenssteuern für die Steuerjahre 2022 – 2026 von einer Zuwachsrate von 1 bis 1,3 Prozent ausgeht, obwohl die Empfehlung der KPG zwischen 2 und 2,6 Prozent liegt. Das ist für Worb deutlich zu optimistisch angeschaut worden. Die GPK hält weiter positiv fest, dass die Gemeinde Worb klar verdeutlicht, dass ein Nachholbedarf bei den Investitionen, insbesondere bei den Hochbauten, besteht. Gleichzeitig ist die GPK erstaunt, dass die Bauabteilung aus Kapazitätsgründen nicht alle Investitionsprojekte zielgerecht umsetzen kann. Der Botschaft kann auch entnommen werden, dass der Gemeinderat vom Realisierungsfaktor von 70 Prozent ausgeht. Die GPK wünscht eine Stellungnahme aus dem Departement Bau, wie diese Kapazitätsengpässe entstanden sind und was der Gemeinderat, resp. die Verwaltung unternimmt, diese zu beheben. Das Finanzergebnis des Gesamthaushaltes bewegt sich im Jahr 2022 – 2026 zwischen minus 516'000 und ca. 1,397 Millionen. Was ist die Botschaft des Gemeinderates hinter dieser Übersicht des Gesamthaushaltes? Diese Übersicht ist auffindbar in der Botschaft auf der Seite 12. Auf was muss sich die Gemeinde Worb in den kommenden Jahren einstellen? Mit der Einführung von HRM2 ändern die Berechnungsgrundlagen von gewissen Finanzkennzahlen. Im März 2018 hat die kantonale Planungsgruppe Bern eine Interpretation der Finanzkennzahlen veröffentlicht. Ein Auszug aus diesem Bulletin befindet sich in der Botschaft auf der Seite 9. Die GPK nimmt Kenntnis von diesen Finanzkennzahlen auf Seite 10. Auffällig ist aber insbesondere der Selbstfinanzierungsgrad für die Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung. Es zeigt dort eine Berg- und Talfahrt im Verlauf von 2022 – 2026. Die GPK wünscht eine detaillierte Auskunft, wie die Entwicklung dieser Prozentzahlen zu Stande kommt. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat den Finanzplan 2022 – 2026, basierend auf einer Steueranlage von 1,7 Einheiten, auf Einkommen und Vermögen und die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte, sowie eine Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Wert der Liegenschaften, zu behandeln.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: In gewohnter Manier möchte ich durch das Handout gehen und einmal mehr habe ich mir erlaubt, es ein wenig anzupassen, damit ihr nicht genau das gleiche seht wie vor der Nase. So müsst ihr nämlich besser zuhören. Spass beiseite, ich erlaube mir in der Wertung doch gewisse Punkte herauszuheben und die Sachen, die geändert wurden, sind auf der Folie mit rot hinterlegt. Die GPK hat es erwähnt, wir stehen nach wie vor vor unsicheren Zeiten. Die Budgetierung und die Planung sind ein wenig Kaffeesatzlesen. Der Kanton hat vor einem Jahr relativ pessimistisch budgetiert, in diesem Jahr schon wieder viel optimistischer. Das muss man einfach vorne hinweg stellen. Wir machen einen Planungsprozess immer nach dem gleichen Ablauf und wir geben gewisse Sachen ein, die wir nicht zuletzt auf den Kanton abstellen und das ist gleich wie im letzten Jahr auch in diesem Jahr mit relativ grosser Unsicherheit verbunden. Das muss man wissen. Zum Zweiten, das Modell funktioniert auch immer gleich. Wir machen das Budget 2022, welches die Grundlage für den Finanzplan ist. Dieser baut dann auf den Budgetzahlen 2022 auf und für das Budget 2022 wiederum schaut man auf die letzten zuverlässigen Zahlen, das ist die Rechnung 2020. Ihr habt dies sicher noch in den Köpfen, dass diese wesentlich besser war als die Rechnung 2019. Dann starten wir jetzt in der ganzen Planungsphase auf einem viel besseren Level und dies zeigt sich auch in den Zahlen. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Budget und Finanzplan besser aussehen als im Vorjahr. Auch deshalb, weil sich die Prognosen des Kantons gegenüber dem Vorjahr aufgehellt haben, können wir euch heute einen tragbaren Finanzplan präsentieren. Bereits vor einem Jahr sind wir von den Empfehlungen des Kantons abgewichen, da Worb keine durchschnittliche Gemeinde im Kanton sondern ist Agglomeration, nahe der Stadt. Wir haben viele Arbeitnehmer nahe der Verwaltung und Stadt, wenig Industrie, kein Tourismus und wenig im Kulturbereich. Vor einem Jahr haben wir gesagt, es geht nicht schlimm runter, der Kanton, der von unten wieder rechnet und sehr optimistisch aber so weit hinauf geht es auch wieder nicht. Deshalb haben wir die Wachstumsprognose des Kantons halbiert und nehmen 50 Prozent der Wachstumsprognosen der Steuererträge. Wir gingen weniger runter letztes Jahr und kommen jetzt auch weniger hinauf, d.h. netto sind wir an einem ähnlichen Ort, jedoch sind die Ausschläge nicht so gross wie vom Kanton prognostiziert. Dies zum Thema Corona. Dies sind die Basisdaten. Was steckt beim Finanzplan dahinter? Auf der rechten Spalte sind Zusatzkommentare, die ihr in euren Unterlagen nicht habt. Steueranlage konstant 1,7, die Bevölkerung wächst aufgrund Statistik der Bauabteilung begründet auf neu erstellten Wohnungen und Baugesuche. Das ist mittlerweile ein Standardprozess, dass wir diese Zahlen erhalten und sie sind nachvollziehbar. Anzahl Bevölkerung mal Faktor ergibt Anzahl der Steuerpflichtigen mal ein durchschnittlicher Steuerertrag ergibt das Steuervolumen der natürlichen Personen. Das wächst mit 1,3 Prozent auf den Vorjahren plus das Wachstum ergibt die absoluten Einnahmen der natürlichen Personen. Vermögen mit einem Prozent Teuerung wie im Vorjahr, Personalaufwand weist eine Teuerung von einem Prozent auf im Vergleich zum letzten Finanzplan mit einem halben Prozent. Man hat im letzten Finanzplan ganz bewusst ein Sparszenario geführt, nun gehen wir mit einer realistischen Personalteruerung aus, wie es auch der Kanton macht. Wir glauben auch, dass wir dieses Jahr mit einer höheren Teuerung durch die ganzen Veränderungen von Waren und Dienstleistung die stattfinden ein halbes Prozent vermutlich zu knapp wäre. Sachaufwand hatte man bereits in der Vergangenheit immer mit einem Prozent und ist unverändert. Was natürlich sehr positiv auf das Resultat Auswirkungen hat und noch einmal verbessert gegenüber letztem Jahr, ist die ganze Zinssituation, die gesunken ist. Wir haben Tiefstzinse und es sind einige Anlagen ausgelaufen und wir mussten diese refinanzieren, wo wir deutlich günstiger finanzieren konnten. Da sparen wir bares Geld. Es wird auch in den nächsten Jahren so sein, denn weit und breit ist nicht absehbar, dass diese Zinse stark steigen werden. Zumindest von der Wirtschaft hört man dies nicht. Die Planungshilfe des Kantons, auch hier habe ich versucht, Kommentare einzufügen. Das sind einfach Zahlen, die der Finanzplanung zu Grunde liegen. Was ist der Unterschied zum Vorjahr? Dies ist vielleicht wichtig. Beim Lastenausgleich Lehrergehälter war vor allem letztes Jahr eine höhere Steigerung zu verzeichnen. Es sind 200'000 bis fast 400'000 in den einzelnen Jahren und am Schluss haben wir 2026 einen weniger starker Anstieg als noch vor Jahresfrist. Dort gibt es eine Entlastung. Beim Lastenausgleich Öffentlicher Verkehr haben wir ähnliche Zahlen wie im Vorjahr und es scheint sich zu stabilisieren, sobald der Bahnhof mal gebaut wird. Sozialhilfe ist eigentlich nicht absolut angestiegen, das ist ziemlich ähnlich, aber der Peak hat sich verschoben. Nachdem es den Höhepunkt der Kosten vor einem Jahr mit 2022 gegeben hat, ist er nun ins 2023 gerutscht. Das zeigt, dass der Kanton damit rechnet, dass die Auswirkungen der ganzen Corona Situation erst in einem Jahr spürbar werden. Das schiebt sich also nach hinten und sollte eine Entlastung geben. Ergänzungsleistungen sind in etwa gleich und wir sehen, dass der Nettoaufwand Finanz- und Lastenausgleich nach wie vor ansteigt, nicht aber so stark wie vor einem Jahr. Auf der untersten Zeile ist der HEI, sogenannter harmonisierter Steuerertragsindex, positiv mit über 100. Das heisst, Worb hat sich vom Bezüger zum Nettozahler

gewandelt. Das ist nach aussen positiv, aber wir zahlen etwas mehr, als wir erhalten. Aber dort wollten wir eigentlich hin und es zeigt, dass sich die Finanzlage der Gemeinde während der Planungsperiode verbessert hat. Die Strategie des Gemeinderates ist, die kommunale Infrastruktur zu erhalten, wir haben aber keine wünschbaren Vorhaben, aber ansonsten alles in den Finanzplan aufgenommen. Das heisst in dieser Qualität, wie wir die Zahlen zum heutigen Zeitpunkt sehen, wo man sie auf der Zeitachse einstellt, ergibt diese Zahlen. Das sind also 28,5 Millionen Investitionen in dieser Planungsperiode, was enorm viel ist, das sind etwa 5,75 Millionen im allgemeinen Haushalt als Nettoinvestition. In den letzten Jahren haben wir ungefähr zwischen 4 und 5 Millionen stemmen können mit investieren und daher kommen die 70 oder 80 Prozent. Wir haben nun 70 Prozent genommen. Bisher konnte man den Nachweis nicht erbringen, dass man alles stemmen mag, auf der anderen Seite, ich will der Bauabteilung nicht vorgreifen, sie sollen Antwort geben wie gefordert, aber erstens einmal weiss man heute nicht, welche der Projekte zum Zeitpunkt X baureif sind, welche verzögern sich, welche nicht. Das gibt immer wieder ein Hin- und Herschieben und es gibt effektive Verzögerungen und effektive Dinge, die man von der Kapazität her nicht in der Zeit umsetzen kann. Und somit sind es Planzahlen und mit Garantie wird es nie so realisiert, wie es hier auf der Tabelle aussieht. Das ist schlicht einfach nicht möglich. Deshalb nehmen wir in der Berechnung von den Abschreibungen 70 Prozent. In der Finanzkommission wurde lange diskutiert, was man machen soll, ob man nicht einfach sagen will, wir geben euch pro Jahr 5 Millionen und nun füllt einfach auf mit Projekten, bis die 5 Millionen erreicht sind, dann fertig und werft diese ins nächste Jahr. Dann kämen genau die Argumente, die ich erwähnt habe: ich kann diese zwar auffüllen, aber der 500'000-er kommt dieses Jahr nicht wegen einer Einsprache und dann muss ich einen anderen haben. Darum ist das ein Darstellen von diesen Vorhaben, wie sie geplant sind und die Realisierung kommt von Jahr zu Jahr hier ins Parlament und wird debattiert und beschlossen. Und wie gesagt, wenn wir die Projekte drin haben heisst es noch lange nicht, dass diese bewilligt sind. Das ist einfach die Planungsgrundlage. So kommt dies eigentlich zu Stande. Der Peak, das sieht man ganz klar, ist bei der Sanierung und dem Unterhalt der Schulanlagen. Dies ist der grösste Brocken mit ca. 80 Prozent der Investitionen, dazu der Strassenbau, wo einiges anliegt, wo man machen muss, weil es an der Zeit ist. Dies sind die zwei grössten Brocken und wenn wir diese beiden Posten im Griff haben, haben wir praktisch alles im Griff. Jetzt gehen wir zu den Spezialfinanzierungen. Das ist gleich wie immer und so zum Teil bereits eine Frage der GPK beantwortet. In der Wasser- und Abwasserentsorgung nehmen wir die Projekte auf, die vom Tiefbau vorbereitet sind und auf der Zeitachse geplant sind. Hier zeigt es sich zum Beispiel beim Wasser, wo es jedes Jahr Unterschiede in der Höhe gibt, beim Abwasser von praktisch 0 bis zum Maximum fast alles. Daraus errechnet sich auch das Resultat der Spezialfinanzierung und das hängt davon ab, ob so ein Projekt ausgeführt wird oder nicht, ob es bereit ist oder nicht. Wir haben in den Spezialfinanzierungen eine Reserve, ein Zielwert, den wir erreichen möchten und wir müssen schauen, dass wir mit dem Resultat und den Reserven im Zielwert bleiben und wenn dies der Fall ist, lassen wir es so sein. Ist der Zielwert tiefer wird müssen wir die Gebühren erhöhen, wenn der Zielwert höher wird, senken wir die Gebühren. Das wird immer eine Rechnung bleiben, die einmal mehr und einmal weniger schwankt und so kommt letztlich auch das Resultat der Finanzkennzahlen zu Stande. Hier hat man kein Sparprogramm, nichts gestrichen. Hier ist dies drin, was vom Departement Bau, vom Tiefbau eingegeben wurde. Dies ist über die Gebühren finanziert. Der Steuerertrag ist ein schönes Bild. Das dürfen wir erwarten und es wurde uns eigentlich von der Rechnung 2020 bestätigt. Ich habe es kurz erwähnt, wir gehen davon aus, dass 2021 der Steuerertrag leicht höher wird, als vor einem Jahr budgetiert. Es ist aber eine kontinuierliche Zunahme und die Kantonsprognose wäre noch steiler, aber wir beginnen auch etwas höher als der Kanton und landen auf rund 30 Millionen auf 31,5. Das ist ein kontinuierliches Wachstum und wichtig, denn es ist die Grundlage dafür, dass wir die Vorhaben schlussendlich auch finanzieren können. Es ist einmal mehr nur eine Differenz von 4/5 Millionen zwischen diesen Kurven und wir leben nach wie vor von den Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Finanzplanerergebnisse, was zeigt er am Schluss? Die rote Kurve zeigt ein Plus in 2022, danach minus 400, 600, 800. Ich habe die 1,3 Millionen Minus – Hans Peter - nirgendwo gesehen, die du erwähnt hast. Es sollte nicht überheblich tönen, aber Plus/Minus 300'000 - 400'000 Franken bei einem Gemeindebudget ist praktisch eine schwarze Null. Planungsgenauigkeit lässt schnell solche Differenzen entstehen. Im Vergleich, der letztjährige Finanzplan zeigt das Resultat von Minus 2 bis 3,5 Millionen gegenüber jetzt, mit durchschnittlich 600'000 Franken Minus, wenn wir das alles machen, was im Finanzplan eingesetzt ist. Dies führt dazu, dass die Negativergebnisse, die blaue Kurve auf der nächsten Folie, das ist das Eigenkapital, mit den finanzpolitischen Reserven von ungefähr 10 Millionen Ende Planperiode noch auf 8 liegt. Wenn wir die finanzpolitische Reserve ausrechnen würden, dann wird man dort irgendwo bei Null oder auf der Grenze dieser 5 Millionen sein, aber heute sind wir mit diesen Reserven deutlich über 5 Millionen. Das heisst,

diesen Grenzwert kratzen wir trotz ehrgeizigem Investitionsprogramm nicht. Das andere ist die Fremdverschuldung, die mit 22 Millionen beginnt, dann 2025 die 40 Millionen knacken würde und im letzten Jahr eine zu hohe Fremdverschuldung aufweisen würde, wenn wir die 40 Millionen als Grenze sehen. Das zeigt uns auf, dass das was wir investieren wollen, die höchste Limite ist. Bei den Investitionen, werden wir das Eigenkapital, also die Liquidität brauchen und dann erst Geld aufnehmen. Bei der Verschuldung rechnen wir noch mit 100 Prozent, muss ich ehrlicherweise sagen, während wir bei den Abschreibungen mit 70 Prozent rechnen. Bei einer Realisierung von 70 Prozent wird die Verschuldung weniger hoch sein, aber nicht desto trotz ist das Bild typisch, die Reserven sollten in der heutigen Situation reichen. Bei der Verschuldung kommen wir Ende Planperiode an eine Grenze. Spezialfinanzierungen: Man hat im Moment im Budget 2022 die Verbrauchsgebühr um 20 Rappen gesenkt. Das Resultat von der Spezialfinanzierung bei dieser Tariflage ist die rote Kurve als Minus und diese baut mit der blauen Kurve den Bilanzüberschuss ab. Der Zielwert, die gestreifte Kurve, welcher bei 420 liegt muss neu berechnet werden, weil Sachen verkauft wurden und man nicht mehr den alten Zielwert nehmen kann. Wenn wir den Rabatt gewähren, müssen wir spätestens in einem Jahr darüber diskutieren, ob der Gebührenrabatt wieder angepasst werden muss. Im Moment haben wir Reserven, darum dürfen wir die Gebühren senken, aber nicht beliebig senken und auch nicht sehr lange. Irgendwann kommen wir in den nächsten ein bis zwei Jahren auf einen Grenzwert, auf welchem wir bleiben sollte. Der Cashflow von durchschnittlich 100'000 - 120'000 Franken zeigt, dass man diese Rechnung im Griff hat. Dasselbe auch beim Abwasser mit einem momentanen Gebührenrabatt. Wir haben hier keine Senkung gemacht, wir gewähren einen Rabatt. Es sieht so aus, als müssten wir diesen Rabatt spätestens in einem Jahr aufheben, weil wir sonst den Zielwert des Bilanzüberschusses unterfahren würden und so zu wenig Reserven hätten in dieser Spezialfinanzierung. Der Abfall, welcher in den letzten Jahren unser Sorgenkind war, entwickelt sich langsam in die richtige Richtung mit zunehmend besseren Resultaten. Nicht sehr grosse Überschüsse, aber diese Kurve nähert sich langsam dem Zielwert. Noch zu den Finanzkennzahlen: Der Cashflow aus dem allgemeinen Haushalt ist deutlich tiefer mit Hausnummern 1,5 Millionen und wenn wir 4 bis 5 Millionen investieren wollen pro Jahr, reicht dies nicht. Der Selbstfinanzierungsgrad wäre nur noch zwischen 20 und 30 Prozent und würden wir ein Grossprojekt nicht realisieren, schnellst dieser hinauf, weil wir nicht so viel investieren, wie wir geplant haben. Das zeigt, dass wir die momentanen Investitionen nur stemmen können, weil wir Reserven haben, uns zusätzlich verschulden und von der Reserve zehren können. Der Zinsbelastungs-, der Selbstfinanzierungs- und der Kapitaldienstanteil sind positiv und macht momentan keine Probleme. Eigentlich stehen wir gut da, wir verdienen zu wenig um so viel zu investieren und so kann es nur die jetzige Periode sein, wo wir Reserven nutzen können, bevor wir wieder abbauen. Diese Aussage hat schon Hans Peter Schweizer in seinem Votum erwähnt. Wenn wir weiter gehen, kommen wir schon fast zum Fazit: Die Prognose ist für uns unbefriedigend, aber wir können sie nicht verändern und nicht besser machen. Der Grund, warum wir besser dastehen ist grundsätzlich die Ausgangslage der Rechnung 2020, welche uns zeigt, dass der Steuerertrag höher ist als im Budget im Vorjahr berechnet wurde. Wir gehen nicht davon aus, dass es einen Abbruch gibt sondern, dass wir auf der leicht besseren Prognose, respektive auf den weniger hohen Erhöhungen des Kantons aufbauen können. Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument und zeigt die Absicht des Gemeinderates nämlich zu investieren und den Stau aufheben. Weil wir uns dies vornehmen, gehen die Resultate zum Teil ins Negative. Würden wir weniger investieren, könnten wir die Resultate nach oben korrigieren, aber damit ist uns nicht geholfen. Begründet die Strategie durch die Reserven, die jetzt vorhanden sind und wir sind der Meinung, dass wir keine Reserven brauchen und übermässig Geld horten, wenn wir es doch für etwas einsetzen könnten, wovon wir überzeugt sind, dass dies benötigt wird. Zuletzt, und fast das wichtigste Fazit aus meiner persönlichen Sicht: Bauvorhaben sind zentral, sehr anspruchsvoll und eigentlich der Schlüssel für die finanzielle Zukunft der Gemeinde Worb für die nächsten Jahre. Die Politik ist gefordert, ihre Wünsche auf das Wesentliche zu beschränken. Ihr seht, wenn wir jetzt noch mit à la-Carte ergänzen, sind wir schneller überschuldet. Das ist die eine Seite, also so wenig wie nötig. Planungs- und Bauabteilung sind enorm gefordert, um die komplexen und grossen Brocken die anstehen optimal im Griff zu haben, die Kapazität kompetent und gut plant und den Ausführungsprozess sauber durchführt, damit man die Kosten im Griff hat, nicht, dass es plötzlich bei einzelnen Projekten durch die Decke geht. Das ist enorm wichtig und ein Schwerpunkt aus meiner Optik für die nächsten paar Jahre. Sauber zu arbeiten, vor allem Konsens zu bewahren und widerspruchsfrei diesen Prozess einzuläuten. Am Schluss der Finanzplanungsperiode sieht es so aus, dass die Reserven aufgebraucht sind, der Cashflow, wie ihr gesehen habt, ist momentan bei 1,5 Millionen, vielleicht sogar gegen 2 Millionen bei diesem Steuerwachstum. Das ist die Grössenordnung des allgemeinen Haushaltes um einzusetzen und zu investieren ohne sich zusätzlich zu verschulden. Es geht darum, ja zu sagen zu einer Strategie, jetzt aufzuholen und

Sachen zu machen, im Bewusstsein, dass danach der Gürtel bezüglich Investitionen enger geschnallt werden muss. Ich bitte euch, diesen Finanzplan zu genehmigen.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Markus hat gesagt so wenig wie nötig und ich ergänze: so viel wie möglich. Das bedeutet aber, dass wenn man investiert, man auch gut hinschauen muss. Das haben wir im Vorspann oft gehört. Planung heisst nicht Ausführung und es ist mir wichtig, noch einmal zu erwähnen, dass eine Planung eine Planung ist, man schaut wohin man geht. Es wurde viel geredet von Unsicherheiten und das wäre eigentlich die Grundlage, wo wir entscheiden müssen, auch im GGR, wenn Dinge kommen. Es ist mir noch einmal wichtig zu betonen, dass es eine Planung ist, keine Umsetzung. Als ich mir überlegt habe, was ich heute Abend sagen möchte und ich bin bereits das neunte Jahr hier bei der Finanzplanung, war es eigentlich wie jedes Jahr ein Thema um wieder zu deponieren, dass es eine Planung ist und keine Umsetzung.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Auch wir danken dem gesamten Team unter der Leitung von Markus Lädach und Jonas Weil für die geleistete Arbeit. Die Fraktion SP+Grüne wird den Finanzplan genehmigen. Wir sind mit der Einschätzung des Gemeinderats einverstanden. Der Finanzplan ist dank der Reserven, die man in den letzten Jahren erhöht hat und der tiefen Verschuldung tragbar. Die Steuererträge wurden wiederum möglichst realistisch geschätzt. Sprich, die Schätzungen wurden an die lokalen Gegebenheiten in Worb angepasst. Wir denken, dass auf der Kostenseite nur wenig zu machen ist. Die Verwaltung arbeitet kosteneffizient. Hingegen müssen wir, wie schon ein paarmal gehört, zu einer gescheiterten und realistischen Investitionsplanung kommen. Der Investitionsstau muss weiterhin abgebaut werden, insbesondere die Investitionen in die Schul- und Verkehrsinfrastruktur. Somit finden wir es gut, dass alle Vorhaben im Investitionsprogramm belassen wurden. Und nur die Folgekosten Abschreibungen und Zinsen aufgrund des angenommenen Realisierungsgrades um 30 Prozent gekürzt wurden. Wir erwarten von der Verwaltung, dass alle Projekte trotz der leicht verbesserten finanziellen Situation vor der Detailplanung kostenmässig optimiert werden. Und dass bei jedem Kreditantrag für Investitionen folgendes aufgezeigt wird: Was passiert, wenn man verschiebt und welche Varianten gibt es? So dass schlussendlich gewährleistet ist, dass wir die richtigen Investitionen zur richtigen Zeit getätigt haben. Zum Schluss noch eine Bemerkung aus der Fraktion zur "Überprüfung Leistungsabbau und Aufgabenverzicht": Wir sehen nun, dass die Lage zum Glück nicht so dramatisch ist, wie letztes Jahr angenommen. Somit ist es unserer Meinung nach nicht in Ordnung, wenn man die sozial Schwächeren in dieser Zeit straft. Wir haben unsere Stellungnahme entsprechend formuliert und werden daran bleiben, dass nicht am falschen Ort gespart wird.

Kölliker Lenka, FDP: Zuerst herzlichen Dank an Markus Lädach und die Finanzabteilung unter der Führung von Jonas Weil für die Erstellung des Finanzplans 2022 - 2026. Auch wir finden, der Finanzplan ist ein nützliches Instrument, um die Finanzlage der Gemeinde zu planen, auch wenn dies viele, teilweise unbekannte Variablen hat, die das Resultat beeinflussen können. Wir verstehen, dass in der Corona- und post-Corona-Zeit alles zusätzlich erschwerend ist und das muss auch entsprechend berücksichtigt werden. Die Ergebnisse basieren über die gesamte Planperiode auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten. Bei all den Jahren der Planperiode, ausser 2022, weist die Erfolgsrechnung einen teilweise sehr hohen Aufwandüberschuss sprich ein Jahresverlust aus, was uns eher negativ stimmt. Zu den einzelnen Eckdaten: Steuerertrag: Wenn wir die Steuerertrag-Prognose von letztjährigem Finanzplan 2021 - 2025 und diesjährigen 2022 - 2026 vergleichen, unterscheiden sie sich diametral. Es ist aber irgendwie nachvollziehbar und Markus hat es erwähnt, dass die Erwartungen jetzt optimistischer sind. Es zeigt sich, wie die Modellrechnungen funktionieren, wenn sich eine oder zwei Variablen ändern. Wir begrüssen, dass die Finanzabteilung mit einem eher realistischen Zuwachs vom Steuerertrag von 1,3 bzw. 1,0 Prozent rechnet, verglichen mit dem Kanton bzw. BAK Basel. Die letzten Jahre haben uns gelehrt, dass wir eher näher an den realen Zahlen liegen als die kantonalen Prognosen. Also unser Bedenken diesbezüglich geht eher in Richtung Bern als in Richtung unserer Finanzverwaltung. Investitionen: Während man im Finanzplan 2020 - 2025, also vor zwei Jahren, vor Corona, über Nettoinvestitionen von 24,8 Millionen, im letzten Jahr über 23,1 Millionen gesprochen hat, sprechen wir in dem Jahr über Nettoinvestitionen von 28,6 Millionen Franken. Vor einem Jahr haben wir über Priorisierung der Geschäfte und Investitionen gesprochen. Der vorliegende Finanzplan beinhaltet um 5,5 Millionen Franken mehr Investitionen. Die andere Frage, die auch von Markus gestellt wurde, ist, ob alle diese Investitionen realisierbar sind. Man spricht über 70 Prozent Realisierbarkeit. Wie auch bereits erwähnt, es steht und fällt mit der Qualität der Arbeit der Bauabteilung. Beunruhigend ist auch, dass die Nettoverschuldung steigt. Gleichzeitig fällt auf, dass im ganzen Dokument kein einziges Mal das Wort Inflation und die möglichen Auswirkungen fällt. Im grossen

Teil Europa geht das Gespenst der Inflation herum. Es wäre schön, wenn es die Schweiz nicht betrifft, ich hoffe, Markus hat hier recht. Falls ja, werden unsere Zinsbelastung auch anders aussehen und die Finanzen zusätzlich belastet. Trotz den erwähnten Bedenken wird die FDP-Fraktion dem Finanzplan zustimmen.

Stöckli Rolf, EVP: Die Finanzplanung in Zeiten der unklaren Entwicklung der Corona-Pandemie ist mit extremer Unsicherheit verbunden. Das Erstellen des Finanzplans gestaltet sich entsprechend schwierig und aufwendig. Planung von beteiligten Stellen tragen aufgrund der aktuellen Lage ein gewisses Kostenbewusstsein mit und es wird nach bestem Wissen und Gewissen geplant. Wir von der EVP verdanken der Finanzabteilung ihre Arbeit und stimmen dem Finanzplan zu.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Die SVP-Fraktion hat den vorliegenden Finanzplan geprüft, angeschaut und wir werden diesen genehmigen. Immer ein aktuelles Thema, welches heute Abend schon hundertmal erwähnt wurde, ist die Frage, ob überhaupt so viele Investitionen getätigt werden, wie auch in diesem entsprechenden Zeitraum geplant sind. Was neu ist zu diesem Thema, ist, dass die Abschreibungen nicht mehr auf 100 Prozent des Investitionsvolumen sondern auf 70 Prozent gerechnet sind und das entspricht, aus unserer Sicht gesehen, besser der Realität, weil man nie soviel geplante Investitionen in diesem Zeitraum in die Realität umsetzen kann. Auch wir danken Markus Lädach, Jonas Weil und vor allem dem Team für die Erarbeitung dieses Finanzplans.

Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich möchte nicht lange werden. Eine Frage der GPK habe ich nicht beantwortet, nämlich diejenige betreffend des Fiko-Protokolls. Gerne dürft ihr vier Ordner einsehen, worin diese Protokolle zu finden sind. Die Finanzkommission führt nicht eine eigentliche Schlussitzung und ist mehrere Male in diesem Prozess dabei. Sie führt Interviews mit den Abteilungen, priorisiert, macht Kürzungsvorschläge und am Schluss gibt es im Gremium eine sogenannte Kürzungsliste. Das sind die Sachen, die wir als Resultat aus der Finanzkommission ins Budget oder in den Finanzplan mit einrechnen und dann sieht die Finanzkommission eigentlich nur noch das Resultat. Es findet keine formelle Sitzung mehr statt. Sie bringt sich laufend in den Prozess ein. Eigentlich müsstet ihr von euren Vertretern in der Finanzkommission oder Fraktionen die Informationen holen. Dies wäre der richtige Prozess, aber natürlich können die Ordner im Büro bei Jonas Weil jederzeit eingesehen werden. Und nun zur Inflation Lenka. Wir haben uns nur beim Wachstum der Steuerprognosen eine eigene Meinung gemacht, ansonsten wurden die Angaben des Kantons übernommen. Der Kanton geht nicht von einer Inflation in dieser Planungsperiode aus.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Die GPK hat eine Stellungnahme verlangt betreffend personelle Engpässe, wie diese entstanden sind. Markus Lädach hat dies in seinem Votum bereits ganz genau und richtig erwähnt, auch im Zusammenhang von den Investitionen, die aufgelistet werden und in die Finanzplanung eingerechnet werden, nicht aber, wie auch bereits mehrfach erwähnt, umgesetzt werden. Es ist nicht primär das Problem der Umsetzung der Investitionen aufgrund personeller Engpässe in der Bauverwaltung, sondern es sind die Verzögerungen die oft in den Bewilligungsverfahren beim Kanton entstehen. Häufig gibt es auch Einsprachen und schlussendlich auch durch politische Prozesse, die diese verursachen. Dies sind die Hauptgründe, warum man dieses Investitionsvolumen, welches geplant werden muss, einbezogen wird und kommuniziert, nicht umsetzen kann. Dies als Ergänzung zur Frage der GPK zu den personellen Engpässen in der Bauverwaltung.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Finanzplanung 2022 – 2026, basierend auf einer Steueranlage von 1,70 Einheiten auf Einkommen und Vermögen und den ihnen gleichgestellten Steuerobjekten sowie einer Liegenschaftssteuer von 1,3 Promille der amtlichen Werte der Liegenschaften, wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Budget 2022: Genehmigung

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 4	Beschlusnummer 2021/24-55	Geschäftsnummer 33423	Archivnummer 21/10
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Schweizer Hans Peter, GPK: Budget 2022, es scheint, dass die Wirtschaft trotz der anhaltenden Coronakrise sich wieder erholt, was sich positiv auf das Budget 2022 auswirkt. Anstelle von den extrem hohen Aufwand-überschüssen von 2,2 Millionen Franken im Budget 2021 resultiert für das Budget 2022 ein Ertragsüberschuss von 92'713 Franken. Hauptgründe für diese Besserstellung sind die Steuererträge. Diese können nach einem guten Rechnungsabschluss 2020 gegen oben korrigiert werden. Zudem wird erwartet, dass sich dank der Bautätigkeit in Worb die Anzahl der Steuerpflichtigen um 25 auf 7'213 erhöht. Dank diesen beiden Faktoren liegen die Einkommenssteuern um 3,2 Millionen Franken über dem Budgetwert 21. Es darf festgehalten werden, dass sich die Corona-Pandemie nicht mehr so stark auf das Budget 22 auswirkt, wie es im letztjährigen Budget noch der Fall war. Es bleibt nach wie vor wichtig, dass die Entwicklung von der Gemeinde weiter vorangetrieben wird. Da die anstehenden Projekte Teilortsplanung, Bildungsstrukturen, Entwicklungsschwerpunkt N9 und so weiter weitergeführt und erfolgreich realisiert werden müssen. An diesen entwicklungsrelevanten Projekten muss weiterhin unbedingt festgehalten werden. Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass das Budget 2022 in Zusammenarbeit mit der FIKO umfassend überprüft und besprochen worden ist. Sie begrüsst wiederum die Kombination von den Unterlagen der Botschaft wie auch mit dem Handout, vermisst aber grundsätzlich eigentlich auch hier ein Protokoll aus der FIKO. Wir haben jetzt zwar eine Antwort dazu bekommen. Ich denke jedoch, wir haben hier Fachwissen, welches einer politisch zusammengesetzten Kommission, wie der GPK, sehr dienlich wäre, um gewisse Prüfungen durchzuführen. Die GPK stellt positiv fest, dass das Budget für 2022 mit einem Ertragsüberschuss von 92'713 Franken abschliesst. Es basiert wie im Vorjahr auf einer Steueranlage von 1.7 Einheiten. Die finanzpolitischen Reserven werden Ende dieser Periode nicht vollständig aufgelöst sein. Gleichzeitig stellt die GPK die Frage, ob es sich beim budgetierten Steuerertrag um einen Zweckoptimismus handelt, wenn man von einem Zuwachs von 2.1 Prozent gegenüber der Rechnung ausgeht. Die GPK nimmt Kenntnis von den geplanten Vorhaben im Budgetjahr 22. Diese sieht man auf Seite X und XI. Hier stellt sich für die GPK die gleiche Frage, wie im Finanzplan 2022 - 2026. Der Gemeinderat wendet den Berechnungen der Folgekosten einen Realisierungsfaktor von 70 Prozent zu. Wie kommt es dazu, dass nicht alle Investitionsprojekte zeitgerecht umgesetzt werden können. Ich kann die Antwort vom Finanzplan nachvollziehen, die Frage haben wir grundsätzlich dort auch gestellt. Das ist aber ein Planungstool und dort haben wir viele Unsicherheiten. Ich denke, im Budget müsste man etwas realistischer sein oder ein machbares Budget ausweisen können und dann sind die 70 Prozent für mich grundsätzlich etwas fragwürdig. Der Botschaft Seite 15 kann entnommen werden, dass der Gemeinderat aufgrund der schlechten Ergebnisse vom Finanzplan und dem drohenden Referendum gegenüber dem Budget 2021 das Projekt "Überprüfung von Leistungsabbau und Aufgabenverzicht" ausgelöst hat. Die Verwaltung hat dabei über 230 Sparaufträge aufgelistet. Ein paar davon sind jetzt bereits ins Budget 2022 eingeflossen. Uns würde interessieren, welche Gewichtungen oder relevanten Sparmassnahmen tatsächlich im Budget 2022 eingeflossen sind. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat das Budget für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von rund 60'697'000 einem Ertrag von rund 60'790'000 Franken ergebend einem Ertragsüberschuss von 92'713 Franken sowie mit einer Festlegung der Gemeindesteuern für das Jahr 2022 mit ordentlichen Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise im gleichgestellten Steuerobjekt vom 1.7-fachen vom gesetzlichen Einheitssatz und für die Liegenschaften mit 1.3 Promille vom amtlichen Wert der Liegenschaften zu behandeln.

Lädrach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich gehe auch hier durch das Handout. Ich werde hier vielleicht etwas mehr als im Finanzplan überspringen. Das Handout ist eigentlich hinterlegt und die Basis für das Votum, welches auch dem Protokoll den Grund legt, falls irgendjemand dies zu einem späteren Zeitpunkt

noch einmal nachlesen möchte. Es wurde bereits gesagt 92'714 bei einer Steueranlage von 1.7. Wir können heute nicht sagen, wo sich die finanzpolitische Reserve befindet, weil diese letztlich davon abhängt, welches Resultat die Rechnung 2021 ergibt. Wir haben mit rund 2 Millionen minus gerechnet und haben gedacht das wird von der finanzpolitischen Reserve gedeckt. Wir erwarten heute ein weniger schlechtes Resultat. Es ist mehr Reserve vorhanden aber weil wir heute keine genaueren Angaben machen können, kann nichts gesagt werden. Aber wir gehen davon aus, dass wir mehr Reserven haben werden, als wir angenommen haben. Wo kommen wir her, Rechnung 2020 wie gesagt das sehr gute Resultat von 2,4 Millionen Plus, davon 2,14 Millionen in die finanzpolitische Reserve. Wir haben netto 4,1 Millionen investiert. Das Budget 2021, wie gesagt nach heutiger Erwartung zu pessimistisch, sollte nicht so viel Minus geben, aber eine Prognose können wir nicht machen. Erste Zahlen, erste Indizien haben wir erst anfangs des nächsten Jahres. Das Budget 2022 mit Nettoinvestitionen von 5,8 Millionen ist also auch schon deutlich höher als im 2020. Hier wieder das Thema von der KPG, das überspringe ich. Das haben wir vorhin beim Finanzplan erläutert. Der Steuerertrag 517'000 Franken höher. Wie gesagt 1.3 Prozent Wachstum plus das Wachstum von der effektiven Wohnbevölkerung, also mehr Steuerzahler in Worb. Das muss man einfach noch einmal sagen, man hat seit Jahren damit gerechnet und gehofft, dass sich endlich durch diese Neubautätigkeiten etwas bewegt und das ist jetzt mit etwas Verzögerung in den Zahlen messbar. Darum gehen wir davon aus, dass das eine gute Basis ist, auf welcher wir starten dürfen. Es wird ja zum Teil noch weitergebaut, weitergeplant, also das Wachstum dürfte in Worb noch etwas weiter gehen. Dies ist nicht unrealistisch. 5,8 Millionen brutto, 4,3 Millionen netto mit der Feuerwehr und das gibt uns einfach an, das haben wir im Finanzplan gesehen, dass wir erst gegen das Ende der Planperiode an eine kritische Grenze kommen. Somit ist das im Rahmen des diesjährigen Budgets überhaupt kein Problem, das liegt drin, es ist ja sowieso ein Überschuss. Zur Erinnerung noch einmal die Basisdaten gleich wie im Finanzplan. Ich denke das können wir überspringen. Wo geht das Geld hin, wo kommt es her. Das ist hier das Kuchendiagramm, welches ihr schon ein paar Mal gesehen habt. Auffallend ist der grosse orange Teil, der sogenannte Transferaufwand. Das sind diese Zahlungen, welche wir eigentlich nicht direkt beeinflussen können. Was auch noch etwas erschreckend ist, ihr seht es auf euren Unterlagen etwas besser, es ist fast nicht lesbar hier. Während wir im Vorjahr 31.5 Millionen Transferaufwand hatten, ist er jetzt bei 35.4 Millionen. Also der ist von 55 auf 58 Prozent angestiegen. Ehrlicherweise muss man dort sagen, darin sind ebenfalls die 1,6 Millionen, da kommen wir dann später noch dazu, welche das Sportzentrum Worb AG benötigt um die Kälteanlage zu sanieren. Aber selbst wenn das abgezogen wird es bleibt netto, der orange Kuchen wächst, der nimmt zu. Und das sind Aufwände, die vorgegeben sind. An denen kann nicht wahnsinnig viel geschraubt werden und wir als Gemeinde Worb können diesen Aufwand nicht beeinflussen. Das muss man sich einfach immer im Hinterkopf behalten. Es ist eigentlich sehr bedauerlich, aber es ist halt einfach so. Das geht allen Gemeinden so. Wo sind denn etwa die Aufwandsposten? Sicher beim Personal. Beim Personal haben wir rund 250'000 Franken mehr, das gibt 2.4 Prozent. Das ist das einte Prozent, welches wir im Finanzplan haben, das sind rund 80'000 Franken. Danach die Tagesschule dort muss man wegen der steigenden Anzahl Kinder die Pensen erhöhen. Das gibt rund 140'000 Franken und danach hat es noch etwas an bewilligten Stellen im Budget im Bereich Sozialdienst, weil man davon ausgeht, dass die Fallzahlen steigen. Dabei richtet man sich an die Erwartungen des Kantons. Dort hat es eine gewisse Reserve. Die Stellen sind zwar bewilligt, werden aber erst besetzt, wenn sich die Fallzahlen auch so einstellen. Man kann immer noch hoffen, dass es glimpflicher abläuft, dass es nicht ganz so viele Fallzahlen sind. Dann hätte man dort eine gewisse Reserve, dass diese nicht realisiert würden. Aber im Budget müssen sie berücksichtigt werden. Sachaufwand, ein Prozent über dem Vorjahr. Man hat im Unterhalt zum Teil wieder 0.8 Prozent eingesetzt. Nicht ganz überall. Es hat noch gewisse Sachen, wo auf 0.6 Prozent sind. Das wäre dann gerade eine von den Fragen, da komme ich nachher noch einmal darauf zurück, wo noch gespart wurde. Und danach ein wichtiger Posten für die Erhöhung des Sachaufwandes sind die Kosten für Notebooks im Betrag von 80'000 Franken. Dort muss man sagen, da hat eine Änderung von der Beschaffungsstrategie "Informatik an den Schulen" stattgefunden. Das hat der Gemeinderat beschlossen. Man geht dort auf ein "One-to-One"-Konzept ein. Also für alle Schüler ein Gerät, denn die Tauschübung scheint sich nicht ganz zu bewahren. Das Geschäft liegt jetzt so, dass nicht mehr ein grosser Investitionskredit auf einen Haufen kommt, sondern in Tranchen, damit liegt es grundsätzlich in der Kreditkompetenz des Gemeinderates. Aber es soll im GGR thematisiert werden damit ihr diese Transparenz habt. Das ist für dieses Jahr schon eingestellt, weil das eigentlich schon in dem Jahr ein Ersatz oder eine Verstärkung geben muss. Das ist jetzt einfach im Budget drin. Ich kann nicht sagen, wann dieses Geschäft in den GGR kommt, aber sicher in den nächsten zwei bis drei Monaten, hoffe ich, damit ihr dort die Transparenz habt. Danach gibt es beim baulichen Unterhalt gewisse Erhöhungen mit diesen rund 150'000 Franken. Für

Tempo 30 in Worb und Rüfenacht und für den Unterhalt Spielplatz an der Eigerstrasse mit rund 60'000 Franken. Das sind alles Zusatzaufwände, welche im Vorjahr nicht enthalten waren. Die Abschreibungen etwas tiefer. Dies ergibt sich einfach aus der Rechnung. Wir schreiben immer noch das alte Verwaltungsvermögen ab. Dort gibt es dann 2027 eine grosse Entlastung. Die rund 860'000 Franken fallen dann weg. Dann wird es dann kurzfristig eine Resultatverbesserung sein, aber das sieht man im jetzigen Finanzplan noch nicht, der geht nicht bis dorthin. Der Finanzaufwand, da hat jede Gemeinde im Moment Freude, weil, wie ich bereits beim Finanzplan gezeigt habe, gehen die Zinsen zurück, somit gibt es dort eine merkbare Entlastung. Danach kommt eben dieser Transferaufwand. Der Kuchen, welcher grösser wird unter andern wegen den Lehrergehältern im Kanton. Diese steigen im ganzen Kanton an. Zusätzlich ist der andere grosse Brocken eben die Sanierung der Eisanlage von der Sportzentrum Worb AG. Jene, welche das Budget sehr sorgfältig gelesen haben und die Detailzahlen angeschaut haben, sehen dort plötzlich 1,6 Millionen Ausgaben. Wichtig, das ist für die Gemeinde kostenneutral. Die Sportzentrum Worb AG hat in den letzten Jahren aus der Spezialfinanzierung von den 780'000 Franken Geld angesammelt. Das ist nicht beim Wislepark, das wird bei der Gemeinde Worb, in der Spezialfinanzierung verwaltet. Jetzt beziehen sie das und räumen den Saldo praktisch bis auf null, um die erste Tranche von dieser Sanierung finanzieren zu können. In der Gemeinderechnung ist das einerseits eine Ausgabe, weil es raus geht und andererseits, weil es dann die Gegenbuchungen aus der Spezialfinanzierung benötigt, ist es dann auch beim Ertrag wieder saldiert. Ich komme dann später bei der Grafik noch einmal darauf zurück. Das ist kostenneutral. Die Gemeinde Worb zahlt an die Sportzentrum Worb AG nach wie vor die 780'000 Franken. Sie benötigen rund 300'000 für den laufenden Betrieb und gut 400'000 gehen einfach auf dieses Konto. Wenn sie dann diese Anlage saniert haben, ist dann dieser Saldo wieder auf null. Danach, ab 2022 oder 2023/24 erhöht er sich dann wieder um rund 400'000 Franken netto. Wenn dann dieser Betrag wieder hoch genug ist, können sie dann wieder den nächsten Investitionsbrocken machen. Also wichtig, wenn man dies liest, die Gemeinde Worb bezahlt die 780'000 Franken aus der Spezialfinanzierung und für den Rest wird das Aufgesparte für die Finanzierung benötigt. Zu diesem Geschäft hat euch Rolf Nötiger schon einmal informiert und bei Bedarf kann man dies sicher wieder machen. Vor allem wenn dann die ersten Aufträge vergeben werden, ist es vielleicht sinnvoll, wenn das Parlament informiert würde, was konkret zu welchem Zeitpunkt stattfinden wird. Aus dem Lastenausgleichssystem zahlen wir rund 400'000 Franken mehr als im Vorjahr. Dann kommen wir jetzt zum Ertragskuchen und hier haben wir die gute Situation, dass dieser grosse blaue Kuchenteil grösser geworden ist. Eben von 30,7 im letzten Jahr auf 34,1 Millionen in diesem Jahr und weil dieser grösser wird, können wir eigentlich den wachsenden Transferaufwand stemmen und es gibt gleichwohl noch ein positives Ergebnis. Und dort, ich habe das rot eingegrenzt, die Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen, welche jetzt auf 2,15 Millionen sind, dort werden eben die 1,6 Millionen als Gegenbuchung von der Sportzentrum Worb AG gebucht. Damit das dann für die Gemeinde, in der Gemeinderechnung, kostenneutral ist. Darum ist dieser Teil viel grösser. Es ist nicht so, dass wir hier irgendwie 2 Millionen an irgendwelche Firmen zahlen, das ist dahinter versteckt. Im Ertrag, das haben wir, glaube ich, schon gesehen. Was man vielleicht noch sagen kann, was wir noch haben, dass Corona kleine Korrekturbuchungen ergeben hat. Wir hatten im letzten Jahr nicht am Steuerertrag runtergeschraubt, wir haben einfach ein Satz genommen. Danach haben wir gesagt, wir buchen einen höheren Betrag als im Vorjahr bei den Wertberichtigungen. Diesen hat man in diesem Jahr wieder etwa um die Hälfte der Differenz zurückgenommen. Wir haben um rund 200'000 erhöht und jetzt wieder um 100'000 zurückgenommen. Dieser Betrag ist jetzt wieder etwas kleiner. Bei den Entgelten hat es eine Korrektur gegeben, das habt ihr in der Finanzplangrafik gesehen. Dort spielt natürlich die Reduktion von der Verbrauchsgebühr eine Rolle. Im 2020, wo wir zurückgehen, ergibt das sofort grosse Beträge, das ist dort eigentlich der Hauptbrocken. Und beim Transferertrag, dass wo man dann bekommt, der Kanton geht nach wie vor von grösseren Auswirkungen aus und so werden auch die Zahlungen, die reinkommen, etwas höher. Ich glaube, im Wesentlichen steht und fällt alles mit dem Steuerertrag der höher ist, damit wir alle anderen wachsenden Kosten decken können. Ich komme noch zu den Nettoinvestitionen von 5,7 Millionen. Wie schon erwähnt, 4,3 Millionen davon im allgemeinen Haushalt. Die grossen Brocken sind da die Tagesschule Worb mit 2 Millionen, die Strassensanierungen mit 925'000 und eine erste Tranche Schulanlage Worboden. Dort sind gewisse Unsicherheiten da, aber man muss auch sehen die Investitionen wurden im April von diesem Jahr eingegeben. Da ging man noch davon aus, dass man vielleicht in diesem Projekt weiter sei. Es ist möglich, dass dann vielleicht gerade dieser Posten von den 500'000 noch nicht im 2022 anfallen wird. Bei allem Verständnis vom Votum von der GPK, ich bin auch der Meinung, sollten wir eine höhere Sicherheit haben, was für das Budgetjahr kommt. Aber man sieht gerade an diesem Beispiel, dass es sein kann, dass man ein Projekt gerade nicht schafft und dann sind das auch schon 10 Prozent und ich denke, diese Kürzung ist ein Erfahrungswert. Man kann jetzt darüber diskutieren, ob man im Budgetjahr nur 80 oder 85

Prozent nimmt oder was auch immer. Aber es ist gleichwohl gerechtfertigt, dass man da eine gewisse Kürzung macht. Und die Sicherheit in diesem Jahr bei der Tagesschule der grösste Brocken, der wird jetzt gebaut. Die ist jetzt eine Investition entweder kommt alles oder nichts. Aber da es gebaut wird, kann man davon ausgehen, dass die 2 Millionen im 2022 fällig sind, wenn die Abrechnung Ende Jahr vorliegt. Also weniger Auswirkungen durch Corona, besserer Rechnungsabschluss 2020 und die Wirtschaftsprognose führen zu einem Ertragsüberschuss von 92'700 Franken. Die Gründe warum haben wir bereits mehrmals erläutert, da möchte ich nicht weiter darauf eingehen. Ich bitte euch das Budget mit unveränderter Steueranlage zu genehmigen.

Stöckli Rolf, EVP: Ich halte mich extra kurz, weil meine Nachredner werden sicher die Zahlen noch einmal mehr auseinandernehmen. Wir danken der Finanzabteilung für die super Arbeit mit dem Budget 2022.

Christensen Sven, FDP: Auch ich möchte der Finanzabteilung und Markus Danke sagen und ich wollte mich eigentlich bei dir Markus, für die Beantwortung der Fragen bedanken, aber die Antworten auf die Fragen kommen später, diese Fragen, die wir dir von unserer Seite gestellt haben. Gleichwohl noch schnell zwei, drei Bemerkungen. Uns hat die Beschaffung der Notebooks etwas gestört. Wir haben ja einmal über einen schönen Betrag hier drinnen für die gesamte EDV-Anlage abgestimmt und jetzt sind hier die 80'000 dazu gekommen. Du hast das kurz erwähnt, aber ich bin froh, wenn wir dort wirklich sauber informiert werden und das nicht wiederkehrende, sondern einmalige Investitionen sind. Zum Vorredner Hans Peter, der dies zweimal gesagt hat, einmal schon im Finanzplan und das andere Mal im Budget ich zitiere noch einmal: "Weil erfahrungsgemäss nicht alle Investitionen zeitgerecht umgesetzt werden können, wendet der Gemeinderat für die Berechnung der Folgekosten einen Realisierungsfaktor von 70 Prozent an." Lieber Gemeinderat ihr schreibt ja, erfahrungsgemäss, also ihr habt ja Erfahrung. Dort finde ich, sollte man im Budget die pauschale Reduktion von 30 Prozent, das sind zwei Millionen, ich finde dies ein relativ grosser Betrag, wenn man so budgetieren darf, dann entbindet dies auch etwas von der Verantwortung. Ich denke dieser Verantwortung sollte man gerecht werden und genauer budgetieren. Im Finanzplan sehe ich auch kein Problem, das ist auch einfach ein Plan, wie du es schon gesagt hast, Catarina. Aber im Budget sollte es genauer sein. Ich zitiere noch, auf Seite 15 dort steht auch wortwörtlich: "Es bleibt nach wie vor wichtig, dass die Entwicklung der Gemeinde weiter vorangetrieben werden kann." Und die Entwicklung ist auch ein Marketing und gleichzeitig werden auch diese Ortsmarketingsitzungen komplett aus dem Budget gestrichen. Da nimmt mich dann wunder, wie sich die Gemeinde weiter entwickeln will, wenn man das Marketing, beziehungsweise in diesem Fall einfach diese Sitzungen oder diese Kommission streicht. Die Frage zu den Aus- und Weiterbildungskosten wirst du sicher beantworten und auch diese von der Software. Einfach auch dazu noch schnell, wem es aufgefallen ist im 2019 hatten wir keine Kosten für den Unterhalt der Software. Im 2021 waren es 32'000 und im 2022 sind 61'000 budgetiert. Also vom 2019 von null auf 61'000 ist relativ viel. Und in der Darstellung einfach das noch um den Lesern zu erklären, auf Seite 56 ist die Tagesschule im 2021 mit 2,7 Millionen budgetiert und danach im 2022 mit 2 Millionen. Für mich gibt das fast 4,6 Millionen und ich hoffe, dass sie dann etwas günstiger wird. Dort ist einfach die Darstellung nicht optimal. Wir von der FDP werden am Budget zustimmen.

Goetschi Thomas, SP+Grüne: Auch hier einen herzlichen Dank an alle, die mitgearbeitet und erklärt haben. Ich verzichte die Informationen, die uns Markus Läderach gegeben hat, noch einmal zusammen zu fassen und halte mich so kurz wie möglich. Die Fraktion SP+Grüne wir dem Budget 2022 zustimmen. Wir haben das genau angeschaut und stimmen aus folgenden Gründen zu: Wir haben ein ausgeglichenes Budget mit einem Ertragsüberschuss von aufgerundet 93'000 Franken. Die Erläuterung zur Budgetierung vom Steuerertrag ist für uns nachvollziehbar. Wir vertrauen hier den Experten in der Verwaltung und in der FIKO und finden, dass die Schätzungen gut an die lokalen Gegebenheiten in Worb angepasst wurden. Der Deckwert, welcher die Finanzkommission definiert hat, betreffend Verschuldung und Finanzüberschuss, kann eingehalten werden und es freut uns, dass der Gemeinderat die Entwicklung der Gemeinde weiter vorantreiben wird. Die geplanten Investitionen in der Höhe von netto 5,8 Millionen Franken müssen unbedingt getätigt werden, damit am Investitionsstau entgegengewirkt werden kann. Es ist wichtig, dass die Entwicklung der Gemeinde trotz der Coronakrise weiter vorangetrieben wird und dass man der Wirtschaft die nötigen Impulse geben kann.

Hofer Thomas, Mitte/qlp: Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass trotz Corona ein Budget vorgelegt wird, welches von einem positiven Ergebnis ausgeht. Wir danken Markus Läderach und Jonas Weil mit seinem Team sowie der FIKO herzlichst für ihre Arbeit und werden dem Budget 2022 zustimmen.

Zingg Stephan, SVP: Auch wir danken der Finanzabteilung für die Erstellung des Budgets. Ihr wisst, dass wir vor knapp einem Jahr das Referendum ergriffen haben und wir sehen heute, dass die Lage viel besser ist als befürchtet, aber auch als geplant. Die Gemeinde verfügt über 4,1 Millionen Finanzreserven, Markus Läderach hat dies vorhin gesagt, und einen Bilanzüberschuss von 9 Millionen. Dies entspricht fast neun Steuerzehnteln. Ich gehe nicht auf die Detailpositionen im Budget ein, sondern äussere jetzt global unsere Ansicht, dass man eine Steuersenkung prüfen sollte. Dies vor allem mit dem Hintergrund, dass es drin liegt, wenn die Investitionen eben realistisch geplant werden, weil die SVP steht hinter sinnvollen und mit Mass geplanten Investitionen, vor allem wenn nur das Notwendige und keine Luxuslösungen realisiert werden. Die SVP wird dem Budget 2022 zustimmen.

Schweizer Hans Peter, GPK: Ich nehme die Antworten auf die Fragen der GPK zur Kenntnis. Vor allem gerade für das Budget denke ich, werde ich den Realisierungsfaktor so in die nächste GPK Sitzung mitnehmen. Ich denke, dort müssen wir schon mal noch tiefgründigere Antworten auf die Fragen erhalten. Die Frage noch zu den Sparmassnahmen und Überprüfung Leistungsabbau und Aufgabenverzicht, welche Sparmassnahmen, auf eine hast du Antwort gegeben Markus, vielleicht sind dort noch eine oder zwei mehr dabei.

Läderach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Gleichwohl noch einmal diesen Realisierungsfaktor. Wir nehmen dies sicher auf und werden dies in die nächste Planungsperiode reinnehmen. Die müssen eine höhere Zuverlässigkeit haben, diese Vorhaben, die man in das Budgetjahr hineinnimmt, denn diese sind ja praktisch pfannenfertig und kurz vor Abschluss. Ich möchte aber noch zu bedenken geben, dass jedes dieser Geschäfte dann noch in den GGR kommt und vielleicht nehmen wir dann eine GGR-Realisierungsquote. Wir nehmen dann 90 Prozent der Vorhaben plus irgendwie 80 Prozent GGR-Zustimmung dann sind wir dann auch wieder bei den 70 Prozent. Nein, das war jetzt eine etwas blöde Ausrede. Aber wir nehmen das Votum sicher auf, es ist prüfenswert und das kann man durchaus differenziert anschauen oder es zumindest begründen und eine Erklärung dazu abgeben, wie man im Budget darauf kommt. Zu den Sparmassnahmen, dies ist von der GPK gefragt worden. Es ist vor allem im baulichen Unterhalt und vor allem von Massnahmen vom Werkhof. Man hat auf verschiedene Sachen verzichtet, zum Teil hat man sie im Budgetjahr 2022 gestrichen, zum Teil hat man die 0.6 noch drin gelassen. Nicht konsequent auf der ganzen Linie. Im Finanzplan oder für zukünftig hat man wieder auf die 0.8 angesetzt. Wir haben jetzt nicht eine Liste wo wir genau sagen können, das sind so viel und so viel Massnahmen und die ergeben so viel Franken. Wenn man das möchte, müsste man dies noch herausuchen. Dann müsste man bei diesen 300 Massnahmen wieder jede anschauen gehen. Das kann ich heute so nicht sagen, aber es ist sehr viel vor allem im Unterhalt, ob man jetzt etwas an der Pflege von Grünflächen macht, das war so etwas Typisches. Bei der Hauswirtschaft hat man ziemlich viele Sachen gesagt, die man einfach nicht macht im 2022, die man nicht ins Budget nimmt. Aus dem Eindruck vom letztjährigen Budget und Finanzplan. Und alle anderen Dinge, die eigentlichen Aufgaben sind nach Reglement, welche wiederkehrend sind, kann der GGR, wahrscheinlich im Dezember dann darüber diskutieren, weil diese Dinge dann wiederkehrend sind. Das andere sind eigentlich einmalige Aufwände, die man jetzt im 2022 nicht macht. Aber eine konkrete Liste habe ich nicht. Noch mal, ich habe es versucht zu erläutern, Informatik in den Schulen ist ein neues Geschäft, das ist noch nicht so lange im GR. Und wie gesagt, das gibt einfach eine Strategieänderung in der Beschaffung, das ist eigentlich nicht mein Geschäft, da ist Christoph Moser zuständig. Man hat in der Vergangenheit einen grossen Brocken geplant und dann all vier bis fünf Jahre wieder einen grossen Brocken angeschafft. Das scheint sich nicht zu bewähren und im Vergleich mit Vergleichsgemeinden erst mal benötigen wir mehr Geräte, als wir früher budgetiert habe. Das macht auch Sinn, ich möchte, dass alle Schüler ein Gerät haben, so muss man sie fortlaufend und nicht in grossen Brocken bestellen. Aber das kommt dann wie gesagt als Informationsgeschäft unter der Leitung vom Christoph Moser hier in das Parlament. In diesem Budgetjahr würde man für 80'000 Franken Geräte beschaffen, aber das wird dann jedes Jahr rollierend beschafft. Das dieses grosse Geschäft, welches in einer grossen Periode ist, auf mehrere Teilperioden aufgeteilt werden kann. Bei gleicher Anzahl Geräte sollte das gleichwertig sein. Man wird tendenziell etwas mehr Geräte bestellen müssen, wenn man die Philosophie hat, jedem Schüler ein eigenes Gerät zur Verfügung zu stellen. Dies ist jedoch etwas weit vorausgegriffen, wie gesagt wird im 2022 nach dem schon eine erste Tranche angeschafft. Das Geschäft kommt wie gesagt noch in den GGR. Darstellung Tagesschule, Sven, es ist einfach so, wenn wir ein Jahr später das Budget vom Vorjahr zeigen, schreiben wir wieder die gleichen Zahlen vom Budget. Ich kann nicht ein Jahr später das alte Budget zeigen und dort die Investitionen herausnehmen. Man könnte richtigerweise dort einen Verweis machen, dass es sich um das alte Budget handelt und dieser Betrag durch den Neuen ersetzt wurde. Das war eine Unterlassung von unserer Seite, aber für uns war dies klar. Die FDP

fragt, warum die Kosten für die Schulgemeinschaft Ried stark steigt. Die Kosten sind direkt abhängig mit der Anzahl Schülerinnen und Schüler. Das ist ein Stichtag zum Budget. Wie viele Schüler plant man, was weiss man mal Kostensatz ergibt diesen Betrag. Für das Budget 2022 wird mit einer steigenden Anzahl Schüler gerechnet. Darum steigt dieser Betrag. Man geht davon aus, dass dieser mittelfristig wieder sinken wird. Wenn man die Entwicklung der Geburten und die Entwicklung des Weilers etwas anschaut. Es ist dort nicht mit einer erhöhten Bautätigkeit zu rechnen. Somit wird dieser Betrag mittelfristig wieder zurückgehen. Bei den Aus- und Weiterbildungskosten hat man einen Anstieg der Kosten. Der Kanton hat hier zusätzlich pro Vollzeiteinheit eine zusätzliche Ausbildungspauschale bewilligt. Die sind jetzt im Aufwand. Auf der anderen Seite, macht diese Erhöhung 30'000 Franken in diesem Jahr aus. Das ist zwar eine höhere Ausgabe, wird jedoch vom Kanton zurückerstattet. Das ist dann für die Gemeinde kostenneutral. Auf einem anderen Konto hat man dann die Gegenbuchung. Für uns entstehen keine Mehrkosten, es sieht einfach auf der Ausgabenseite so aus. Und noch das Letzte beim Unterhalt IT hat es auch eine Änderung gegeben bei der Verbuchung der Software-Kosten in der Gemeinde Worb. Bis 2020 hat man die Lizenzkosten im Bereich Schulen nicht separat ausgewiesen, sie waren einfach unter Betrieb Informatik. Weil der Kostenblock der Informatik immer weiter steigt, probiert man dort differenziert die einzelnen Kosten zu analysieren und darzustellen. Darum hat man dann auf das Budget 2021 entschieden, dass man das wie auch in der Verwaltung die Betriebsinformatik und den Unterhalt der Software trennt. Deshalb wird das so gebucht und deshalb hat man jetzt dort Konten, welche zuvor noch nicht existierten. In der Gesamtsumme müsste es dann beim Betrieb etwas tiefer sein, es steigt aber, weil die Anzahl User steigt. Je mehr User das wir haben, desto mehr Lizenzkosten entstehen. Auf der Gemeindeverwaltung hat es immer mehr Personen, die einen Zugang zur Informatik haben und ein Gerät benötigen und eine Adresse haben. In diesem Rahmen steigen die Lizenzen, aber ansonsten ist es vor allem eine andere Darstellung der Buchungen. Ich habe das mit Jonas auch andiskutiert. Das gibt es immer wieder, dass es vom einen zum anderen Jahr eine andere Buchungspraxis gibt. Grundsätzlich müsste man dies im Bericht erwähnen. Bei gewissen Bereichen wurde dies auch gemacht. Also die Kosten, die dort zu sehen sind, sind nicht eins zu eins eine Kostensteigerung. Es gibt eine Gegenbuchung oder das System ist anders dargestellt. Das waren die Fragen, die ich erhalten habe.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 33 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Das Budget für das Jahr 2022 mit einem Aufwand von 60'697'386.00 Franken und einem Ertrag von 60'790'099.70 Franken, ergebend einen Ertragsüberschuss von 92'713.70 Franken, wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2022 werden folgende Gemeindesteuern festgelegt:
 - ordentliche Steuern für Einkommen und Vermögen beziehungsweise die ihnen gleichgestellten Steuerobjekte das 1,70-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 1,3 Promille vom amtlichen Wert der Liegenschaften.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35
 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Ergänzende Informationen zur Rechnung 2020", Einfache Anfrage der Die Mitte/glp-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 5	Beschlussnummer 2021/24-56	Geschäftsnummer 34409	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur einfachen Anfrage der Die Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Ergänzende Informationen zur Rechnung 2020" wird Kenntnis genommen.

"Tagesschule; Stand der Arbeiten?", dringliche Interpellation der FDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 6	Beschlussnummer 2021/24-57	Geschäftsnummer 34612	Archivnummer 32/2/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Suter Michael, FDP: Ich fasse mich kurz. Seit der Volksabstimmung zur Tagesschule wollen wir hier drinnen alle dasselbe. Wir wollen das die Tagesschule im Rahmen des Budgets, welches das Volk gesetzt hat und in der Zeit gebaut wird. Dies für unsere Jugend und für unsere Zukunft. Wegen eines falschen Ausschreibungsverfahrens, das haben wir schon gehört, mussten wir noch eine Ehrenrunde drehen. Das bedeutet, dass wir zeitlich schon etwas im Verzug sind. Jetzt geht es insbesondere noch um die Kosten. Da hat sich die FDP erlaubt, einmal nachzufragen. Jetzt haben wir eine Antwort erhalten, diese ist aber nicht wirklich befriedigend. Nachdem was ich heute Abend von Daniel gehört habe, bin ich sogar etwas angesäuert. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass dort doch einiges im Argen ist. Insbesondere ist bei diesen Kostenüberschreitungen, die sich hier offenbar abzeichnen, nicht nachvollziehbar, dass sich diese nur auf die Rohstoffentwicklung zurückführen lassen. Ist da wirklich immer Covid schuld? Ich habe mir darum erlaubt, im Vorfeld zur Sitzung noch einmal detaillierter nachzufragen, habe aber auch dort eine nicht wirklich zufriedenstellende Antwort erhalten. Mir wurde insbesondere die Einsicht in weitere Dokumente verweigert. Vertrauen und Transparenz sieht anders aus, ich mache mir grosse Sorgen um dieses Projekt und ich möchte jetzt heute Abend wissen, ob ich der Einzige bin, darum möchte ich eine Diskussion beantragen.

Beschluss zum Antrag auf Diskussion:

Der Antrag auf Diskussion von Michael Suter wird mehrheitlich gutgeheissen.

Suter Michael, FDP: Bevor ich mich detaillierter zum Geschäft äussere schlage ich vor, dass wir die Voten im Rat abholen, wie es von den anderen Fraktionen klingt. Schlussendlich kann es ja heute nicht darum gehen, einen Entschluss zu fassen. Ich glaube jedoch, dass es eine gute Gelegenheit ist, dass die Regierung und insbesondere der Bauvorsteher auch mal erkennen, was für Meinungen im Parlament sind. So dass man dann die Sachen noch entsprechend aufarbeiten kann und vielleicht eine ergänzende Stellungnahme als Nachgang zur heutigen Sitzung abgeben kann. Wir haben auch für heute Abend darauf verzichtet, etwas nachzulegen im Sinn von einer Motion, das ist nicht unsere Art. Aber wir hoffen doch, dass die ergänzenden Informationsbedürfnisse noch gestillt werden können, weil ganz ehrlich, sonst könnten wir auch Jassen gehen.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Wir haben die Sachen genau angeschaut. Für uns eigenartig und etwas ein Durcheinander. Wir können es nicht genau nachvollziehen. Es ist so, dass die Rohstoffe gestiegen sind, das wissen wir alle, das ist unbestreitbar. Wenn ich aber das anschau, dass wir jetzt 10 Prozent darüber sind, das sind 275'000 Franken. Wir nehmen jetzt den Betrag von 2.75 Millionen dann ist dies nicht einfach Material. Der Materialanteil ist viel geringer. Ich weiss jetzt nicht, wir sehen es nirgends aber das sind vielleicht 30, 40 Prozent. Jetzt könnt ihr selbst ausrechnen, irgendetwas kann hier gar nicht aufgehen. Das können nicht nur die Rohstoffe sein. Das können wir nicht nachvollziehen. Das Zweite ist der Generalunternehmer, der hat einen fixen Preis bekommen in einem Vertrag so wie wir das Verständnis haben und ich aus meiner eigenen Arbeit weis. Wenn er einen fixen Vertrag hat zu einem fixen Preis, dann ist dieser Preis fix. Und dann schaut man in der Regel mit den Lieferanten, also das GU handelt das aus und schaut, dass er im Preis bleiben kann. Das ist dann das was ich nicht so gerne habe, wenn sie einem nachher mit den Preisen drücken. Denn er muss schauen, dass er dort drin ist, und das macht ja auch Sinn, wenn man ihn als Totalunternehmer engagiert. Das ist eigentlich eine Sicherheit der Gemeinde gegenüber. Ansonsten müsste man dies gar nicht machen. Und irgendwo geht für mich die Rechnung auch nicht auf. Für uns gibt es ganz grosse Fragezeichen dort.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Als Fraktionspräsident der SVP möchte ich hier schon noch einmal sagen, ich glaube, es ist jetzt dann langsam, aber sicher an der Tagesordnung, dass wir beim Thema Tagesschule die Pobacken zusammenkneifen. Es ist schon viel passiert, es wurde heute Abend auch schon erwähnt. Verfahrensart ist ein Thema. Ich möchte auch noch einmal eine Lanze brechen für die Aufsichtskommission. Ich muss sagen, Fragekataloge, die liegen bleiben beim Departementsvorsteher. Dann erhalten wir im Abstand von sechs Wochen unterschiedliche Antworten zu den Kosten. Klar, wir haben eine Frage gestellt zum Thema Totalunternehmung, dort haben wir die Antwort erhalten, dass die Vergabe der Kosten an die Totalunternehmung nicht teuer kommt, sondern eher etwas billiger. Sechs Wochen später ist die ganze Kostensituation trotzdem anders. Dort muss ich ganz klar sagen, erwarte ich eigentlich vom Departementsvorsteher und auch vom Leiter der Bauabteilung vielleicht noch ein Zeichen in Richtung Präsidentin der ASK. Das finde ich dort nicht ganz richtig, dass man da so kutschiert. Ich glaube, die ASK, die Leute, die dort drin tätig sind, machen ihren Job und haben es, glaube ich, auch verdient, dass man dort gegenüber ihnen nicht einfach irgendwie agiert, sondern dass man dort schon mit einer gewissen Tiefgründigkeit unterwegs ist. Das, was wir jetzt hier erlebt haben, Daniel hat es einleitend gesagt, stimmt mich nicht unbedingt erfreut. Und ich möchte hier drinnen noch einmal sagen, ich denke, es ist jetzt genügend Heu unten, jetzt gilt es dann die Pobacken zusammenzukneifen und zu schauen, dass man nicht noch in mehr negative Schlagzeilen mit der Tagesschule hineinkommt. Sondern, wie es Michael Sutter gesagt hat, wir wollen ja alle zusammen dasselbe. Das diese Tagesschule jetzt nicht verteuert und zeitgerecht in Betrieb genommen werden kann.

Federer Guido, SP+Grüne: Auch aus sich von der SP+Grüne sind wir der Meinung, es läuft nicht immer alles optimal. Wir sehen es jetzt nicht ganz so negativ wie gewisse Vorredner. Wir sind der Meinung, politisch umstrittenen Projekte werden immer irgendwann kompensiert. Das bedeutet, die Konflikte, die gegensätzlichen Haltungen, die es halt gibt, kommen irgendwann an die Oberfläche. Man kann jetzt einfach noch entscheiden, wann. Entweder am Anfang oder sonst holt es einem am Schluss ein. Und wir plädieren hier davon, dass man die Projekte früh abstützt, breit und auch immer offen kommuniziert. Die Kommunikation ist hier, denke ich, noch verbesserungsfähig. Auch wenn das am Anfang etwas mehr kostet und diese Anfangsphase von Projekten etwas länger dauert, wird man am Schluss dann vielleicht weniger eingeholt von solchen Sachen. Bei der Tagesschule haben wir auch noch ein Thema. Der TU macht ein Preis für ein bestimmtes Projekt, wir haben schon bei den Kreditbewilligungen und auch später wieder gefordert, dass der Aussenraum mit einer Mitwirkung geplant werden soll, bisher haben wir nichts davon gehört oder gesehen. Es wurde damals argumentiert, dass keine Zeit mehr vorhanden sei für das. Wenn ich jetzt schaue wieviel Zeit vergangen ist, hätte es längstens für eine solche Mitwirkung gereicht. Das ist eigentlich das, was uns noch so auf den Nägeln brennt.

Suter Michael, FDP: Wenn keine weiteren Voten mehr sind, danke ich allen bestens für die Beiträge zur Diskussion. Ich nehme das namens meiner Fraktion, die diese Interpellation eingereicht hat, zur Kenntnis und würde folgendes Vorgehen beliebt machen. Wir werden jetzt sicher hören, was Bruno zu diesen Fragen, welche wir hier aufgeworfen haben, heute Abend zu sagen hat. Wenn das für uns nicht befriedigend ist, werden wir uns erlauben, eine einfache Anfrage oder eine weitere Interpellation einzureichen. Wir werden dieses Projekt wirklich eng begleiten. Ich kann mich am Votum von meinem Vorredner nicht ganz anschliessen. Es geht nicht darum, irgendwie negative Stimmung gegen die Tagesschule zu machen. Aber das Projektmanagement aus der Bauabteilung gibt doch nicht zum ersten Mal in jüngster Vergangenheit zu Diskussionen Anlass. Und hier wollen wir dran bleiben, das ist unsere Aufgabe als Parlamentarier und da wollen wir einfach wissen, was läuft.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen ich finde die Fragestellung bzw. die Interpellation von der FDP zur Tagesschule auch wichtig. Und ich finde es auch richtig, dass hier gerade, weil noch viele Fragen im Raum stehen, diese Diskussion verlangt wird. Weil die Kommunikation ist eigentlich etwas vom wichtigsten von uns allen zusammen, untereinander und miteinander und im Geschäftsleben so wie so. Aber es ist auch etwas vom schwierigsten. Es ist natürlich auch in diesem Zusammenhang gerade eine Frage, die die ASK aufgeworfen hat. Wie ist eigentlich diese Kommunikation und diesen Fragebogen, den sie erstellt haben "Abläufe und Kommunikation in der Bauabteilung für bei den gemeindeeigenen Baugeschäften". Die Fragen wurden mir im Mai per Mail zugeschickt und ich habe gesehen, dass die Rücksendung bis im September erfolgen sollte. Ich habe die Mail bekommen, es angeschaut und es kamen weitere E-Mails und irgendwann durch den Sommer habe ich offen und ehrlich nicht mehr an diese Mail gedacht. Bis ich

dann eine Anfrage erhalten habe, wie es eigentlich mit diesen Anfragen ist. Dann ist bei mir das Aha-Erlebnis gekommen und dann haben wir diese Anfrage so schnell wie möglich für die ASK beantwortet. Und ich muss hier sagen, die Antworten von unserer Seite, von Urs Thöni waren offen und ehrlich und es wurde nichts vorgegaukelt oder falsche Angaben gemacht. Hans Ulrich Steinmann hat dies richtig angetönt was die ASK für Fragen gestellt hat, dies muss man gerade etwas genauer anschauen. Weil die Vorwürfe das zum Teil etwas nicht richtig kommuniziert wurde, waren zum Teil ziemlich massiv und ich würde gerne dazu noch Stellung nehmen. Weil es hat dann auch einen Zusammenhang mit der Tagesschule, logischerweise, weil dann die Fragen darauf hinausgelaufen sind. Und man wollte dort ganz genau wissen: "Generiert die Vergabe an die TU oder Bauverzögerung zusätzliche Kosten?" Hier ist die Frage, ob die Vergabe an eine TU zusätzliche Kosten generiert. Das war die Frage. Und wir schreiben hier vom Departement Bau, ihr könnt es alle nachlesen und zu Recht hat man dort gesagt, dass man eigentlich in diesem Zusammenhang vom Gemeinderat überzeugt ist, dass man das beste Angebot bezüglich des Preises, der Qualität und den Terminen erzielt zu haben und die Projektrisiken insgesamt minimiert hat. Entsprechend ist nicht davon auszugehen, dass durch die Wahl einer Totalunternehmerausschreibung insgesamt Verzögerungen oder zusätzliche Kosten entstanden sind. Also durch den Entscheid die Wahl des Totalunternehmers sind keine zusätzlichen Kosten zu erwarten. Es ist eher das Gegenteil anzunehmen. Das war eigentlich die Antwort, die wir gegeben haben von unserer Seite auf die Frage, ob Mehrkosten generiert werden durch das Verfahren, das man gewählt hat, durch einen TU. Durch die Frage, die dann gekommen ist, durch die Interpellation von der FDP auch zur Tagesschule ist unter anderem die Frage drin, und zwar: "Hat man die Kosten im Griff?". Und das ist eine absolut berechtigte Frage in der heutigen Zeit, die hier gestellt wurde. Und dort schreiben wir, ihr könnt es auf euren Blättern lesen, dort schreiben wir, dass wir die Kosten um knapp 10 Prozent überschreiten werden. 10 Prozent sind absolut im Rahmen, wo passieren können und wir sind noch nicht über diesen 10 Prozent. Geht es dann über 10 Prozent, ist der Fall klar, dass man dann in den GGR muss, um einen Nachkredit zu holen. Aber solange es unter 10 Prozent ist, ist der Fall klar, dass ist eine geringe Verteuerung und liegt Spielraum, den man hat. Und uns ist es bewusst und das ist eine grosse Aufgabe, das ist unser Ziel, dass wir in den maximal 10 Prozent drinbleiben. Das war die Aussage und die ASK schreibt dann "die Antworten, obwohl nur wenige Wochen dazwischen liegen, widersprechen sich". Dabei waren es ja zwei verschiedene Fragen. Und da ist überhaupt kein Widerspruch in den Antworten. "Die ASK stellt sich hier schon die Frage, ob ihr Fragekatalog Ende August etwas nachlässig und flüchtig beantwortet wurde. Und wie dieser Sachverhalt zustande kommt, dass sich nun doch mehr Kosten abzeichnen werden." Man hat der AKS nie kommuniziert das es zu Mehrkosten kommt, die Frage war rein, ob es Mehrkosten produziert im Zusammenhang mit dem Verfahren mit dem TU. Das war die Frage und wir versuchen hier wirklich seriös diese Fragenstellungen von der ASK zu beantworten und das nicht, nicht ernst zu nehmen. Auf keine Art und Weise. Das ist nicht unsere Art der Kommunikation und es ist auch Vertrauen, dass man gegenüber der Verwaltung haben muss. Dass ich der Auslöser war für die Fragen, welche die ASK gestellt hat, mit dem kann ich leben, das ist kein Problem. Ich finde das auch richtig und für das haben wir auch eine Aufsichtskommission, welche solchen Sachverhalten nachgehen kann. Aber ich möchte das ganz klar hier gesagt haben, das kann ich so nicht entgegennehmen und da muss ich auch Urs Thöni und die Bauverwaltung in Schutz nehmen. Das war eine falsche Wahrnehmung in diesen verschiedenen Fragen von der ASK. Ich komme zu den weiteren Fragen, die aus dem Rat gestellt wurden von Catarina Jost im Zusammenhang mit diesen Rohstoffen. Es ist natürlich so, dass schon bei der Ausschreibung, als man dann wusste, welches Verfahren gewählt wird, sind bereits höhere Angebote reingekommen, als der Kredit bewilligt wurde. Auch im Zusammenhang mit der Rohstoffverteuerung und das Ungewisse, was alles teurer wird. Schon dort hatte dies begonnen. Ich will jetzt nicht sagen, es sind nur die Rohstoffpreise, die gestiegen sind, aber es ist auch ein wichtiger Grund, dass sich dort eine leichte Verteuerung abzeichnet. Aber nicht nur wegen den Rohstoffen, die Angebote sind schon etwas erhöht über den 2,75 Millionen eingetroffen. Zum einen ist es sicher, dass wissen die meisten, dass das Holz und die elektronischen Endgeräte, sprich Waschmaschine und so weiter teuer geworden sind. Die Lieferfristen haben sich extrem nach hinten verschoben. Ich glaube Simon, kann dies bestätigen, dass das eine gewisse Schwierigkeit ist. In diesem Zusammenhang, was auch mehr kostet, sind die ganzen Rohrsysteme und Metallteile, welche man in einem solchen Bau benötigt. Alles ist eigentlich teurer geworden. Über die Frage dort, das kann ich nicht so genau beantworten, Catarina, aber ich kann dir sagen, du hast recht, es ist sicher nicht alleine wegen den Rohstoffen. Und du hast recht, man probiert hier durch den TU mit diesen Unternehmen, die das dann machen wollen, günstige Preise einzuholen, sodass der TU selbst in diesem Kostenrahmen bleibt. Und dort sind immer gewisse Unsicherheiten da, ob sie dann schlussendlich auch das richtige Material rein machen. Das ist dann wieder bei unserem Projektleiter auf der Gemeinde, dass das begleitet wird. Und dass man dort hinschaut. Und das ist eine schwere Aufgabe, die im

Moment Kevy Guggisberg hat. Das man eben auch in diesem Kostenrahmen bleibt. Nun zu Hans Ulrich Steinmann: Ich denke, dort habe ich es zum Teil schon beantwortet, dass das von unserer Seite her ein Anliegen ist, dort tiefgründig, wie du gesagt und gefordert hast, zu arbeiten. Und wir versuchen dem nachzuleben und Transparent zu sein und darum sage ich auch, wenn noch Fragen sind im Nachhinein, wenn es für euch nicht zufriedenstellend ist, dann sind wir dankbar dafür und versuchen die so gut wie möglich zu beantworten. Guido Federer hat noch im Zusammenhang mit dem Aussenraum etwas gesagt. Wo gefordert wurde, dass dort eine Mitwirkung von eurer Seite stattfindet. Im Zusammenhang mit dem Verfahren war das schwierig. Es war so, dass der Kredit bewilligt war und es war klar, dass wir nicht noch einmal im Zusammenhang mit einem solchen Mitwirkungsverfahren in den Rat kommen. Ich habe sehr wohl versucht, das Gespräch mit euch zu suchen, auch dass ihr eure Wünsche einbringen könnt, dass nicht alles zubetoniert wird oder dass möglichst viele Grünflächen reinkommen. So dass man sagen kann, in diesem Aussenraum fühlt man sich wohl. Dort gehen wir rein, dort halten wir uns auf. Ich denke, das habe ich versucht rüber zu bringen und habe das auch versucht mit dem Landschaftsarchitekten, dass die gewissen Punkte von unserer Seite ebenfalls reingenommen werden und dass das auch passiert. Und es nicht heisst, ein solcher Aussenraum, das geht ja nicht. Und dann erst noch zu einem solchen Preis. Also dort haben wir von unserer Seite versucht, das Möglichste zu machen. Und zu Michael Suter, ihr habt ja diese Fragen gestellt und du hast das auch in diesem Zusammenhang angetönt, dass für euch nicht alle Fragen im Zusammenhang mit der Endkostenprognose richtig beantwortet wurden. Die Endkostenprognose ist ein internes Papier, welches wir auf der Bauverwaltung haben. Es heisst zwar schon Endkostenprognose, aber das wird immer wieder nachgeführt und korrigiert. Und plötzlich gibt es dann auch wieder Veränderungen. Diese Endkostenprognose, es heisst nicht, dass wir es hier nicht kommunizieren wollen. Zum Zeitpunkt eurer Interpellation haben wir anhand unserer Endkostenprognose gesagt, wohin diese Reise gehen könnte. Und zwar auch wieder unter Punkt vier, auf euere Frage, ob man die Kosten im Griff hat. Man hat gesagt, wie der Stand gegenwärtig ist. Und das ist auch richtig, dass wir vom Gemeinderat aus verpflichtet sind, euch dies mitzuteilen. Aber hier muss man auch ganz klar sagen, es ist eigentlich auch zum Schutz für die Gemeinde. Eigentlich wollen wir auch nicht alle unsere internen Berechnungen öffentlich kommunizieren und das hat auch wieder einen Zusammenhang mit dem TU. Wie sieht er das im Kontext, wie sieht er die Zahlen, die die Gemeinde rechnet, wie die Gemeinde das sieht. Und wie könnte es dann beim TU laufen. Gibt es dort automatisch Anpassungen. Es ist nicht einfach, das zu trennen. Wir wollen versuchen, das Beste für die Gemeinde herauszuholen. Dazu gibt es zu Sagen, dass der Artikel 6 in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats festlegt, dass die Mitglieder des Grossen Gemeinderat berechtigt sind, in die amtlichen Akten der Gemeindeverwaltung Einsicht zu nehmen und die nötigen Auskünfte zu verlangen. Soweit weder besondere Geheimhaltungspflichten oder sonstige andere überwiegende Interessen im Raum stehen. Gemäss dem Artikel 5 Absatz 3 des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung gelten solche nicht fertiggestellte Dokumente nicht als amtliche Dokumente. Also diese Endkostenprognose, die wir haben, die für uns ein laufender Prozess ist, gilt eben nicht als amtliches Dokument. Da es sich um keine amtliche Akte handelt, besteht kein Einsichtsrecht für Mitglieder des Grossen Gemeinderates. Aber wir haben ja zu diesem Zeitpunkt, als wir gesehen haben, wo wir stehen, haben wir das veröffentlichen respektive in eurer Interpellation haben wir die Endkostenprognose so kommuniziert. Auch, dass ihr im Bild seid und auch aufgrund von euren Fragen, wohin die Reise führt. Das ist das, was ich dazu sagen möchte. Und ich habe Michael eigentlich noch darum gebeten, wenn noch Fragen im Raum stehen, dass er mir diese stellen könnte oder noch zukommen lassen könnte. Damit ich das auch Vorbereiten und konkret beantworten kann. Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr von ihm erhalten. Das war das, was gewesen ist. Und noch einmal, ich bin froh um die Diskussion hier drin, froh um die Kommunikation, weil die Tagesschule ist ein wichtiges Geschäft für uns alle und es ist unser grösstes Anliegen, dass wir dort die Kosten, welche die Tagesschule verursacht, mit der Umgebung zusammen, dass man den bewilligten Kredit mit diesen 10 Prozent maximal einhalten kann. Das ist unser höchstes Ziel.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur dringlichen Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Tagesschule; Stand der Arbeiten?" wird Kenntnis genommen.

"Fusswegverbindung Richigengraben", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 7	Beschlussnummer 2021/24-58	Geschäftsnummer 34290	Archivnummer 33/20/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Flentje Burkhard Sibylle, SP+Grüne: Die Antwort des Gemeinderates auf unsere Interpellation stimmt mich sehr zuversichtlich, dass in naher Zukunft eine attraktive Fusswegverbindung in und um den Richigengraben entstehen kann. Auch wenn der Richtplan noch nicht rechtskräftig ist, Vorabklärungen hätte die Gemeinde schon lange treffen können. Schon vor mehr als zehn Jahren wurde eine Petition auf der Gemeinde deponiert, welche eine attraktive Fusswegverbindung durch den Richigengraben nach Enggistein gefordert hat. Dies zeigt doch, dass das Bedürfnis in der Bevölkerung vorhanden ist. Positiv ist, dass die Bauabteilung offenbar noch in diesem Jahr eine Studie für eine alternative Wegführung geplant hat. Das Ergebnis von dieser Studie interessiert uns sehr und wir würden gerne darüber informiert werden. Denn Eines ist klar: Wo ein Wille, ist auch ein Weg. Und dies ist wortwörtlich zu nehmen.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Fusswegverbindung Richigengraben" wird Kenntnis genommen.

"Worblentalwärts nach Enggistein", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 8	Beschlussnummer 2021/24-59	Geschäftsnummer 34287	Archivnummer 33/20/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Von Arx Roland, SP+Grüne: Dass es ein grosses Bedürfnis ist, sich entlang der Worble zu erholen, zeigt auch die starke Benützung des Wanderweges worblentalwärts, welcher von Stettlen nach Worb führt. Der Wanderweg endet heute leider beim Gemeindehaus auf dem Bärenplatz. Die, welche weiter entlang der Worble in Richtung Richigen, Bächumatt oder Enggistein wollen, landen meist vor den Abschränkungen vor den Tennisplätzen und fragen dann dort verzweifelt, wo es denn durch geht. Warum der bestehende Bewirtschaftungsweg von der Sternematt entlang des Wislehanges und der neu angelegten Worble bis zum Rubigenkreisel von den Fussgängern nicht genutzt werden kann, ist unverständlich. Ursprünglich war dies in der Planung der Umfahrungsstrasse als Wanderweg vorgesehen. Die Begründung des Gemeinderates, warum man auf den Wanderweg entlang des Wislehanges verzichtet hat, ist nicht nachvollziehbar. Da gibt es sicher kein Zielkonflikt zwischen dem Hochwasserschutz und einer sicheren Fusswegverbindung. Ein Rückkommen auf diesen Verzichtentscheid würde unserer Meinung nach auch keine neue zusätzliche Weginfrastruktur erfordern. Man könnte einfach den bestehenden landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsweg öffnen und es bräuchte keine schwierige Landerwerbsverhandlungen, sondern einfach eine Vereinbarung über das Wegrecht, welches kaum erhebliche Kosten verursachen würde. Wir sind daher der Meinung, dass der Gemeinderat die Verlängerung des Wanderweges worblentalwärts entlang der Worble bis in die Bächumatt und in Richtung Richigengraben nochmals prüfen sollte. Wir bitten euch daher, unser Postulat zu unterstützen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Besten Dank für die Fragen von dir Roland von Arx. Damals, als man die Landerwerbsverhandlungen geführt hat, wurde dies von den Grundeigentümern ganz klar eingebracht, dass dies kein Spazierweg entlang von der Worble werde. Die Bauern haben dies ganz bewusst abgelehnt. Das Hauptargument war, dass sie nicht Littering auf ihren Feldern haben möchten. Daher haben alle Beteiligten gesagt, dass dies nicht in Frage kommt. Dies ist nicht irgend ein Verzicht von unserer Seite. Es war einfach eine klare Forderung von den Grundeigentümern, dass man dies so nicht wollte. Darum sehen wir auch keine Möglichkeit, diesen Weg einfach umzuformulieren. Denn die Grundeigentümer halten nach wie vor an ihrer Haltung fest. Ich bitte darum, dies zur Kenntnis zu nehmen. Wir müssten schon einen zusätzlichen Weg machen, wenn wir dies wollten. Dies ist ja gemäss unserer Antwort ein zu grosser Schritt. Man hat damals, als man die Verhandlungen geführt hat und das Verdikt von den Grundeigentümern gehört hat, gesagt, es ist gar

nicht so schlecht. Es gibt durchaus auch Gründe, dass man die Leute dort nicht durchlassen möchte. Auf der einen Seite ist es uns ein Anliegen, dass die Leute durch das Dorf laufen. Wir möchten ja, dass der Berger, der Sternen oder der Hirschen und so weiter auch etwas von diesen Fussgängerströmen spüren, um so mehr, dass das Dorf ja verkehrsberuhigt und attraktiv für Fussgänger ist. Wir wollen bewusst die Fussgänger im Dorf haben. Der dritte Punkt ist noch, dass man auch bewusst die Worble auf dieser Strecke entlang des Dorfes in Ruhe lassen möchte. So dass es auch Orte gibt, wo die Tiere brüten können, ohne dass sie dauernd von Fussgängern und Hunden aufgeschreckt werden. Dies ist auch noch ein zusätzlicher Grund, warum man gesagt hat, es sei eigentlich gar nicht so dumm. Der Entscheid, dass dort kein Fussweg ist, wurde von den Grundeigentümern ganz klar so eingefordert.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Worblentalwärts nach Enggiststein" wird mit 17 zu 15 Stimmen bei 1 Enthaltung als erheblich erklärt.

"Verbesserung Signalisation Radweg Rubigenstrasse", Postulat der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 406	Datum 18.10.2021	Traktandum 9	Beschlussnummer 2021/24-60	Geschäftsnummer 34286	Archivnummer 56/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

Detailberatung

Reber Markus, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich für die Bemühungen, welche in dieser Angelegenheit gemacht worden sind. Wir sind jedoch nicht gerade ganz sicher, ob die getätigten Verbesserungen auch zielführend sein werden. Wir werden diese Situation weiter beobachten und beurteilen und je nach dem darauf zurück kommen.

Stöckli Rolf, EVP: Auch wir von der EVP sind über die jetzigen Verhältnisse der Velofahrenden nicht zufrieden. Dem Postulat der SVP werden wir zustimmen. Es wird hoffentlich schon bald eine bessere Ära für die Velofahrenden rund um Worb beginnen. Es hat noch andere Strassen, welche man anschauen sollte.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Letzten Mittwoch habe ich beim Bräteln meinen beiden Söhnen beim Verhandeln über den letzten Cervelat zuhören können. Dann hat mein Jüngster zu seinem Bruder gesagt: "Du hast jetzt so viel Gurkensalat gehabt, willst du jetzt wirklich, dass für dein Mittagessen ein Tier sterben muss?" So wie dieser Spruch überhaupt nichts mit Tierschutz zu tun gehabt hat, finde ich, hat auch dieses Postulat nicht viel mit dem Langsamverkehr und der Sicherheit zu tun. Mir ist auch klar, je weniger velofahrendes Volk auf der Strasse stört, um so freier scheint die Autofahrt. Die Freigabe des Trottoirs für die fahrradfahrende Bevölkerung ist eine provisorische Lösung, so lange die Politik nicht handelt. Allerdings ist das Trottoirs zum Kreuzen zu schmal, was für ein paar Erstklässler, welche von Worb SBB her zum Wydensschulhaus mussten, bereits jetzt zu riskanten Situationen geführt hat. Um die Sicherheit der Velofahrer zu verbessern, könnte man zum Beispiel die Strecke auf 60 drosseln, wie bereits zwischen Beitenwil und Rubigen. Aber eine dauerhafte Lösung wäre natürlich, wenn endlich, wie versprochen, der Veloweg ausgebaut würde. Wir fordern deshalb eine Gesamtplanung für sichere Arbeitsfahrwege in der ganzen Gemeinde und eine rasche Umsetzung des geplanten Veloweges. Die SP+Grüne-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Wie ihr gemerkt habt, hat der Gemeinderat ein Schrittlein übersprungen, indem wir den Auftrag, wo die SVP mit diesem Postulat dem Gemeinderat gegeben hat, schon gerade ausgeführt haben. Da es eine Kantonsstrasse ist, müssen wir mit dem Kanton zusammen arbeiten, wie es in diesem Postulat richtigerweise erwähnt ist. Wir sind dort vorstellig geworden und konnten uns auch gerade sofort darauf einigen, dass die Signalisation verbessert wird. Daraus ergibt sich, dass dem Postulat ohne weiteres zugestimmt werden kann und man es dann auch gleich als erfüllt abschreibt. Aber es ist auch wahr, dass die Strecke Worb Dorf – Worb SBB für die Velos nicht ideal ist. Die Verkehrsbelastung hat allgemein zugenommen. Defizite für den Langsamverkehr sind erhöht, insbesondere für den Veloverkehr. Der Gemein-

derat hat sich daher bereits schon früher für Verbesserungen beim Kanton eingesetzt. In den Massnahmenblätter des regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepts Bern-Mittelland ist ursprünglich für 2026 vorgesehen, die Verkehrssicherheit für Velofahrende zu erhöhen. Dies soll so passieren, dass die Strasse verbreitert wird, so dass bergwärts in Richtung Worb SBB eine Velospur entstehen kann. Jetzt im neusten Entwurf der Regionalkonferenz vom Juni von diesem Jahr kann man entnehmen, dass dieses Projekt noch ein wenig hinausgeschoben wird. Aber ich sage einmal, bis spätestens 2028. Die Zwischenlösung, und es ist nicht mehr als eine Zwischenlösung, dass die Velos auf dem Trottoir fahren können, gilt so lange, wie die Massnahme nicht umgesetzt ist. Wie es Matthias auch richtig gesagt hat, muss es auch daher befristet bleiben, weil das Trottoir für Velos, welche in beide Richtungen fahren und Fussgängerinnen und Fussgänger eigentlich für ein dauerhaftes Nebeneinander zu schmal ist. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat anzunehmen und gerade als erfüllt abzuschreiben.

Beschluss:

Das Postulat der SVP-Fraktion mit dem Titel "Verbesserung Signalisation Radweg Rubigenstrasse" wird mehrheitlich als erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

Bruno Fivian
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 15. November 2021

Jürg Bigler
Sekretär